

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands
sowie der
Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonntagabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Strassgeber: Joh. Stanisch, Verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Beisenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 80 A.

Inhalt: Streifzüge durch die Verhandlungen des zehnten Verbandstages. — Grundzüge der gegenwärtigen Weltlage. — Schutz der Lohnforderungen der Bauarbeiter. — Wirtschaftliche Umschau. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Masspersperungen, Maßregelungen, Differenzen. — Vertragsstreitigkeiten in Lauenburg a. d. Elbe. — Bekanntmachung des Verbandes. — Bericht. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterausgang, Submissionsen usw. — Die Norddeutsche Baugewerks-Verbandsorganisation und der Bauarbeiterausgang. — Gewerliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Zentralverband der Maurer Deutschlands (Streifzüge durch die Verhandlungen des zehnten Verbandstages.)

II.

Eine ziemlich hitzige Debatte wurde um den Sitz des Verbandes geführt. Der Verbandsvorstand vertritt die Ansicht, es sei ungewiss, jeden Verbandstag mit der Frage zu beschäftigen, wo der Verbandstag sein solle. Unser Verband brauche ein Zentralsbureau, das nicht in jedem Hause untergebracht und deshalb auch nicht beliebig hin und her verlegt werden könne. Es sei daher nötig, daß die nötigen Räume in einem für Bureauzwecke errichteten Gebäude auf eine Reihe von Jahren gemietet würden, oder daß sich der Verband ein eigenes Haus errichte. In beiden Fällen sei aber Hamburg der geeignete Ort für den Sitz des Verbandes. Für die eventuelle Errichtung eines eigenen Heimes hatte der Vorstand dem Verbandstag Pläne vorgelegt, woraus sich ergibt, daß die Errichtung eines Verbandshauses in jeder Beziehung vorteilhafter für den Verband ist, als die Unterbringung des Bureaus in gemieteten Räumen.

Diese Ansichten des Vorstandes stießen auf eine starke Opposition. Mehrere Delegierte vertraten scharf die Meinung, der Sitz des Verbandes müsse nach Berlin verlegt werden. Es wurde ausgeführt, Berlin sei der Zentralpunkt des Deutschen Reiches, des politischen und geistigen Lebens, und seitdem die Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands dort ihren Sitz habe, sei Berlin auch das gewerkschaftliche Zentrum des Deutschen Reiches. Dahin gehöre auch der Vorstand des Maurerverbandes, um sich den ihm gehörenden Einfluß auf die Arbeiterbewegung zu wahren oder stärker zu gewinnen. Die Vertreter des Vorstandes und eine Reihe anderer Delegierter wiesen nach, daß alles, was man von Berlin rühmen könne, auch in Hamburg sei; das politische und gewerkschaftliche Leben pulsiere auch in Hamburg lebhaft. Mit der Generalcommission unterhalte der Vorstand unseres Verbandes vortreffliche Verbindung und unsere Organisation sei dort so gut vertreten, wie es unserer Gewerkschaft zukomme. Schwer ins Gewicht für Hamburg falle, daß dort eine allen Anforderungen entsprechende, der Arbeiterschaft gehörende Druckerei bestehe, die sich erst neuerdings erheblich vergrößert habe und deren Betrieb sich zum großen Teile auf den Druck des „Grundstein“ und auf die Vertiefung der sonstigen Arbeiten für den Verband stütze. Weiter wurde mit Nachdruck ins Feld geführt, daß der Vorstand unseres Verbandes enge Fühlung halten müsse mit den Vorständen der übrigen baugewerblichen Verbände, die mit einer Ausnahme alle ihren Sitz in Hamburg haben und bei denen gar keine Neigung vorhanden ist, ihr Domizil zu verändern. Die Vorstände der isolierten Verbände könnten aber ihre Aufgabe, gemeinsam schnell zu entscheiden, um die Organisationen vor großen Schäden zu bewahren, gar nicht erfüllen, wenn sie ihren Sitz nicht an einem Orte hätten. Nach alledem sei die Sitzverlegung unseres Verbandes ein gewagtes Experiment, das dem Verband nur Geld koste, ihm aber sicher nichts einbringe. Sei der Verband bisher von Hamburg gut geleitet worden, dann werde das sicher auch in Zukunft der Fall sein.

Diese Gründe hat der Verbandstag anerkannt. Die beantragte Verlegung des Sitzes von Hamburg nach Berlin wurde mit 169 gegen 93 Stimmen abgelehnt. Nachdem diese Vorfrage erledigt war, entschied sich der Verbandstag auch dafür, dem Vorstand Vollmacht zu geben, eventuell ein eigenes Heim zu erwerben. Dieser Beschluß wurde mit 164 gegen 99 Stimmen gefaßt.

Eine überraschende und wie es scheint schnell zum Ziel führende Wendung hat der Verbandstag der Ver- schmelzungsfrage gegeben. Einige Anträge auf Errichtung eines Industrieverbandes für die baugewerblichen Arbeiter bezw. auf Verschmelzung der beiden Verbände der Maurer und Hilfsarbeiter haben ja in den letzten Jahren immer vorgelegen; sie wurden aber ziemlich kühl behandelt. Eine größere Beachtung fand die Verschmelzungsfrage auf dem neunten Verbandstage in Köln, wo ein mit dem Vorstand des Stukkateurverbandes vereinbarter Uebereintrittsvertrag angenommen wurde, der ja später von den Stukkateuren abgelehnt worden ist. Es war auch die Rede von einer Verschmelzung mit den Hilfsarbeitern, und der als Gast anwesende Vorsitzende des Hilfsarbeiterverbandes trat zwar für die Vereinigung ein. Der Verbandstag stimmte jedoch dem Vorliegenden unseres Verbandes zu, daß es verfrüht sei, über diese Frage zu verhandeln.

Inzwischen hat ein Verbandstag der Bauhilfsarbeiter erneut ausgesprochen, daß er in dem Zusammenschluß aller im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter die einzig wirksame Organisation erblicke, die im Stande sei, nach allen Richtungen hin die Interessen der in Betracht kommenden Berufe zu vertreten. Und diese Erklärung wurde von dem Vorsitzenden des Hilfsarbeiterverbandes auf unserem jetzigen Verbandstage wiederholt. Da sich nun auch die beruflichen Verhältnisse im Baugewerbe in rascher Folge wandeln, besonders im Betonbau, so konnte freilich die Frage der Verschmelzung nicht mehr so wie früher beiseite geschoben werden; immerhin war der Umschwung der Meinung nicht in dem Maße zu erwarten, wie es geschehen ist. Ohne jede Diskussion, nur um die Probe aufs Exempel zu machen, wurde die Abstimmung vorgenommen, und 220 Delegierte gegen 23 entschieden sich für die Verschmelzung. Nunmehr werden zunächst die beiderseitigen Vorstände die Angelegenheit weiter verfolgen, und die nächsten Verbandstage haben darüber zu beschließen, ob die Organisationsseinheit der Maurer und Hilfsarbeiter in Kraft treten soll. Das wäre zwar noch nicht der vollendete Industrieverband für das Baugewerbe, aber doch ein weiter Schritt dazu.

Zur Belebung der Agitation wird auf Beschluß des Verbandstages in den nächsten Wochen eine kleine Flugchrift herausgegeben; gleichzeitig sollen in allen Gauen Versammlungen abgehalten werden, mit dem Thema: „Wirtschaftliche Krisen, ihre Ursachen und Wirkungen“. Alle Kollegen müssen erneut zu tätiger Mitarbeit aufgerufen werden.

Die Berichterstattung über den Gewerkschaftskongreß, den internationalen Kongreß und die internationale Maurerkonferenz vollzog sich ohne Debatte. Damit waren auch die Anträge erledigt, die eine andere Regelung der Maßfeier bezw. der Unterstützung bei Maßfeier-Maßregelung bezweckten.

Die Delegation zum nächsten Gewerkschaftskongreß ist wie folgt geregelt worden: In 11 Wahlabteilungen werden 11 Delegierte gewählt. Jede Wahlabteilung wählt einen Delegierten; einfache Stimmenmehrheit entscheidet. Im Verhinderungsfalle des gewählten Delegierten ist das Mitglied mit der zweitmeisten Stimmenzahl Stellvertreter. Die Aufschreibung der Wahl erfolgt durch den Verbandsvorstand, der für die Wahl ein Wahlreglement zu erlassen hat. Ferner haben der Verbandsvorstand zwei, die Redaktion des „Grundstein“ und der Verbandsausschuß je einen Delegierten zu entsenden.

Ueber die Delegation zu den internationalen Kongressen soll auf dem nächsten Verbandstage beschlossen werden.

Alles in allem: der zehnte Verbandstag hat gute Arbeit geleistet. Seine fast einmütige Stellungnahme in allen großen Fragen war erhebend und gibt uns die Gewähr, daß der Zentralverband der Maurer Deutschlands auf dem rechten Wege ist. Wenn auch die Gemüter zuweilen heftig aufeinander geplagt sind, so können wir doch überzeugt sein, daß alle Mißlichkeiten beseitigt sind und daß jeder einzelne Kollege wieder freudig mitarbeiten wird an dem Ausbau der Organisation, an der Stärkung unseres Verbandes nach innen und außen, damit er ein sicherer Hort werde für die gesamte Kollegenchaft. Mit diesem Wunsche, mit dem Gelbnisse treuer Waffenbrüderschaft, das in ein braufendes Hoch auf den Verband und die Arbeiterbewegung ausklang, gingen die Delegierten auseinander.

Grundzüge der gegenwärtigen Weltlage.

II.

Bedinglich dem Expansionsbedürfnis des Kapitalismus sind die kriegerischen Unternehmungen Englands gegen die Transvaal-Republik und der Krieg der Vereinigten Staaten von Nordamerika gegen Spanien, der letzterem Reiche den Verlust Kubas und der Philippinen kostete, zu danken. Sowohl mit der Kolonialpolitik wie mit der Schutzollpolitik ist ernste Interessengegensätzlichkeit und die Gefahr gewalttätiger Auseinandersetzungen immer gegeben.

Was man „friedlichen Wettstreit“ der Völker auf wirtschaftlichem Gebiete unter der Herrschaft des Kapitalismus nennt, das ist in Wahrheit der permanente wirtschaftliche Krieg, der gar leicht seinen Austrag in blutigem Völkerringen finden kann. In dem vor einigen Jahren erschienenen Buche des Engländers Steffen „England als Weltmacht und Kulturstaat“ lesen wir:

„Es ist ein großer, oftmals begangener Irrtum, den Weltmarkt als einen Boden des Friedens und guten Willens unter den „friedlich wetteifernden“ Völkern darzustellen. Diese wetteifern nicht darin, die möglichst besten Waren zu erzeugen, sondern darin, die möglichst billigen Artikel, die noch einigermaßen dem Bedarf und den Ansprüchen der Konsumenten entsprechen, herzustellen. Warenaustausch ist nicht Kulturaustausch, unterhält vielmehr und gebärt eine ganze Reihe häßlicher Rassenabneigungen — damit der unblutigen, aber bitteren, wirtschaftlich tödlicheren und gelegentlich national lebensgefährlichen Willkürkonkurrenz in den Absatzgebieten, und um diese selbst. Ein Künstler kann einen Mitbewerber bewundern, weil dieser etwa ein besseres Bild gemalt hat als er. Ein englischer Fabrikant aber bewundert niemals einen ausländischen Konkurrenten deshalb, weil dieser dieselbe oder eine noch etwas bessere Qualität der gleichen Ware vielleicht 30 pZt. billiger abgeben kann und dadurch mit einem Schlage ein Jahrhundert altes, englisches Absatzgebiet erobert.“

Dieses Urteil trifft auch auf die Unternehmung in allen modernen Ländern zu. Im kapitalistischen Wirtschaftssystem waren von jeher und sind immer und überall die rohen materiellen Interessen, die reinen Erwerbsinteressen die maßgebendsten. Und diese Interessen finden eine stetige Ausgestaltung und Verschärfung, so vornehmlich durch die Konzentration der großen Kapitalien, durch das großkapitalistische Trust- und Kartellwesen, dem die auf das internationale Gebiet hinübergreifende Tendenz der Monopolisierung weiter industrieller und kommerzieller Gebiete eigen ist.

Der Kapitalismus hat aber am Militarismus nicht nur das Interesse, welches mit seinem Expansionsstriebe gegeben ist, sondern noch andere, näherliegende, unmittelbare Interessen. Die wirtschaftliche Bedeutung des Militarismus begreift sich darin, daß er einen ungeheueren Gelbaufwand für die Befriedigung seiner Be-

dürfnisse nötig macht. Die Unterhaltung der militärischen Organisation in steter Kriegsbereitschaft, die Bewaffnung, Ausrüstung, Vorräte und Ernährung der Truppen, die Anlage und Unterhaltung von Truppenübungsplätzen, Befestigungen aller Art, Festen und Kriegshäfen, der Bau und die Unterhaltung von Kriegsschiffen usw. verschlingen alljährlich Unsummen, zumal die Staaten in kriegerischer Rüstung ständig einander zu überbieten suchen.

Wie enorm diese Bedürfnisse sind, läßt sich ungefähr ermessen an der Größe der militärischen Organisation. Im Jahre 1907 hatten die europäischen Armeen zusammen eine Friedensstärke von 4 360 446, eine Kriegsstärke von 21 221 583 Mann, wovon letztere etwa den zehnten Teil der männlichen Bevölkerung Europas bilden.

Die Hauptstaaten partizipieren daran wie folgt:

	Friedensstärke Mann	Kriegsstärke Mann
Deutschland	1 254 000	3 615 400
Frankreich	614 353	4 850 000
Österreich-Ungarn	550 216	4 872 000
Italien	429 696	1 121 811
Rußland	379 255	1 872 178
Japan	360 000	1 677 000
Spanien	285 228	1 100 809

Die Kriegsschiffe der europäischen Staaten zählten im Jahre 1907: 2238 Schiffe mit 16 067 Kanonen und 42 742 929 Mann. Es hatten davon:

	Schiffe	Kanonen	Mann
Deutschland	468	2198	190 898
Frankreich	427	3727	530 877
Österreich-Ungarn	362	2450	411 055
Italien	303	2012	280 222
Rußland	129	1705	338 228
Japan	115	999	105 118
Spanien	79	552	7240

Die Verteidiger der Idee, daß die Kriege „unabwendbar“ seien, in der an sich schon eine stete Kriegsgefahr liegt, machen, um mit dieser Idee auszuföhnen, einen „wirtschaftlichen Wert“ des Militarismus geltend; sie behaupten, daß der weitaus größte Teil der Ausgaben für den Militarismus wirtschaftlichen Unternehmungen zu gute kommt. Allerdings haben sich Techniken und Industrien, wie auch Handelsbetriebe herausgebildet, die ganz oder vorwiegend oder in erheblichem Maße durch die Befriedigung militärischer Bedürfnisse in Anspruch genommen werden. Bekanntlich gibt es Riesenbetriebe dieser Art mit Tausenden von Arbeitern, wie z. B. die Kruppischen Werke in Essen. Ohne weiteres ist klar, daß das Interesse derartiger Unternehmungen, in denen gewaltige Kapitalien investiert sind, sich sehr energisch auf die Erhaltung und Weiterentwicklung des Militarismus konzentriert, der in der bestehenden und ständig wachsenden Kriegsgefahr seine vorzüglichste „zwingende Begründung“ findet.

Man behauptet auch, daß der Militarismus mit seinen großen, stetig wachsenden Ansprüchen an das technische Genie die Entwicklung der Technik bedeutend fördere und damit dem ganzen wirtschaftlichen Leben, ja der Kulturentwicklung diene.

Wir können das nur in sehr bedingter Weise gelten lassen, indem wir an das Wort erinnern, daß ein „Geist des Guten“ auch im Uebeln waltet. Jedenfalls würde es absurd sein, Glauben machen zu wollen, daß ohne Militarismus das technische Genie nicht genügend Ansporn zur Betätigung und Entwicklung habe.

Um die immer stärker hervortretende Opposition der Arbeiterklasse gegen die Kriegsurachen und das herrschende militärische System, dem ja vornehmlich sie tributpflichtig ist, zu entkräften und zu überwinden, ist man auf den Versuch verfallen, ihr die Ansicht zu suggerieren, daß auch sie an dem „großen volkswirtschaftlichen Segen“ des Militarismus erheblichen Anteil habe. Die „Beweisführung“ geht dahin: Es sei Geld genug im Lande. Die Millionen, die davon für das stehende Heer und die Kriegsschiffe im Interesse weltmachtpolitischer Bestrebungen ausgegeben werden, seien nicht verloren, das aufzuwendende Geld bleibe im Lande und komme dem Volke wieder zu gute; es werde „wirtschaftlich befruchtet“ und fließe zurück in die Hände der gewerblichen Kreise. Der Militarismus gewähre Arbeit, und deshalb habe gerade die Arbeiterklasse ein sehr starkes materielles Interesse an der Aufrechterhaltung und stetigen Ausgestaltung des Militarismus.

Dieser Argumentation widerspricht die Tatsache, daß, wie alle militärischen Leistungen im Frieden, so auch alle Rüstungen und Vorbereitungen für den möglichen Krieg unmittelbar völlig unproduktiv sind. Sie schaffen nicht den geringsten wirtschaftlichen Wert, stellen vielmehr lediglich eine beständige Wertkonsumtion dar, die dem Zweck der Arbeit nicht entspricht. Die Ausgaben für den Militarismus sind Opfer, die das Volk als eine Art Zwangsbeitrag an die völlig unproduktive kriegerische Organisation zu bringen hat. An sich ist es ja ganz richtig,

daß, solange mit der Möglichkeit von Kriegen gerechnet werden muß, ein Volk der Wehrhaftigkeit nicht entbehren kann, um seine kulturellen, vor allem auch seine wirtschaftlichen Interessen gegen kriegerische Schädigung und Vergewaltigung zu verteidigen. Aber dazu bedarf es, wie wir schon öfter ausgeführt haben, nicht der jetzt bestehenden militärischen Organisation, nicht des bewaffneten Friedens, nicht der stehenden Heere. Die Wehrhaftigkeit des Volkes läßt sich auf andere Weise, leichter, besser und unter weit weniger Opfern erreichen und sicherstellen. Man setze an die Stelle der stehenden Heere die wahre und rechte Volkswehr, die keinem anderen Zwecke dient, als der Verteidigung des Vaterlandes — eine Volkswehr, die einsetzt bei der Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit. Auch solch eine militärische Organisation erfordert natürlich Opfer an Arbeitskraft und Geld. Aber nicht entfernt in dem Maße, wie das jetzige militärische System mit seinem unaufhörlichen Betriebs. Diese Opfer gehen nicht über das unbedingt notwendige Maß hinaus und sie sind in Ansehung ihres Zweckes auch durchaus mit den Volksinteressen vereinbar.

Nichts ist unsinniger, als das herrschende militärische System geradezu als im Dienste der Kulturentwicklung hinzustellen. An großartigen, wirklichen Kulturaufgaben, die im Interesse der ganzen Menschheit zu erfüllen sind, hat kein Volk Mangel, und wird keines jemals Mangel haben. In den Militärstaaten ist aber die gesamte Kulturarbeit rückständig. Der Militarismus kennt in seinen Ansprüchen an die Steuerkraft des Volkes kein Maß. Aber für die Ausgestaltung und Verbesserung des Schulwesens, des Wohnungswesens, des öffentlichen Gesundheitswesens, humanitärer Einrichtungen, der Kunst und der Wissenschaft fehlt es in allen Militärstaaten an Geld. Allerdings bereitet ja auch der Kapitalismus, das Klassenherrschaftsinteresse der Kulturentwicklung in diesen Richtungen manche Hindernisse. Aber der Kapitalismus muß doch wohl oder übel im Zuge der gesamten Entwicklung höheren Kulturinteressen sich anpassen und unterordnen, bis er gezwungen ist, einen neuen Ordnung, einem neuen Kultursystem Platz zu machen. Der Militarismus hingegen bleibt sich, solange er besteht, völlig gleich, nicht nur in der Verschwendung von Volkskraft und wirtschaftlichen Gütern, sondern auch in dem Anspruch darauf, seine Bedürfnisse befriedigt zu sehen unter allen Umständen, ehe die Kulturbedürfnisse an die Reihe kommen. Er ist allerdings eine Interessengemeinschaft mit dem Kapitalismus eingegangen, damit aber ist nicht auch eine Verbindung mit den Interessen der Arbeiterklasse und der allgemeinen Kultur gegeben.

Der Zusammenhang von Militarismus und Kapitalismus tritt sehr drastisch auch im Staatsschuldenwesen hervor. In erster Linie dem Militarismus und dem Kriege verdanken die Kulturvölker das unglaubliche Anwachsen der Staatsschulden. Diese belaufen sich 1907 für die Staaten Europas auf zusammen über 127 Milliarden Mark. An der Spitze stehen das kriegerisch schwer heimgegriffene Rußland und Frankreich mit je nahezu 25 Milliarden Mark; es folgen das Deutsche Reich (einschließlich der Schulden aller Bundesstaaten) mit 16½ Milliarden, Großbritannien mit über 16 Milliarden, Österreich-Ungarn mit 12½ Milliarden, Italien mit 10¼ Milliarden, Spanien mit 7½ Milliarden Mark usw.

Von diesen ungeheuren Schuldschulden, wie überdem von den laufenden Steuer- und Zolleinnahmen der Staaten haben der Militarismus und kriegerische Unternehmungen den weitaus größten Teil absorbiert. Zugleich aber hat der permanente Krieg auf wirtschaftlichem Gebiet, die kapitalistische Konkurrenzwirtschaft und Produktion, Handel und Verkehr, Zustände gezeitigt, die nicht nur in Rücksicht auf die vorgebliche „Befruchtung des Wirtschaftslebens“ die durch den Militarismus diesen einem großen Teile der Besitzenden geradezu als einen Segen erscheinen lassen. Das geschäftliche Risiko wächst und verschärft sich mit der Zerstückung und Verwirrung ökonomischer Verhältnisse, mit den wirtschaftlichen Krisen immer mehr. Die Unternehmungslust wird gelähmt; der Kapitalanlage in industriellen, kommerziellen, Verkehrsunternehmungen stellen sich schwere Bedenken entgegen; solche Anlage wird oft geradezu zur Unmöglichkeit, aber die Lebensbedingung des Kapitals ist Profit oder Mente. So gewinnen die Besitzenden, die Kapital nutzbringend anzubringen haben, ganz zweifellos ein Interesse daran, daß der Staat Schulden hat und immer mehr Schulden macht, denn diese gewähren die Möglichkeit rentabler Kapitalanlage. Man wird Gläubiger des Staates und läßt sich von ihm Sicherheit des hergeleiteten Kapitals und einen sicheren Zinsgenuß garantieren, wofür die ganze Volksgemeinschaft haften und tributpflichtig ist.

Noch ein anderes kommt hinzu. Der Militarismus gewährt dem Kapitalismus, den herrschenden Klassen, auch einen starken Nachschub. Überall leben diese Klassen in der Furcht vor dem „gewalttätigen Umsturz der bestehen-

den Staats- und Gesellschaftsordnung“ durch das Proletariat. So erachten sie denn das stehende Heer geradezu als eine der wichtigsten Grundlagen der bestehenden Ordnung. Der Militarismus soll eine sichere Schutzwehr sein gegen die Mächte des Umsturzes. In freivolier Weise zitiert man das Gespenst des Bürgerkrieges, während doch das den Prinzipien des Demokratismus huldigende Proletariat ehrlich bemüht ist, das Eingreifen der roten Gewalt in den unvermeidlichen Gang der Entwicklung zu hindern, die Entscheidung in den großen sozialen Kämpfen von den Waffen des Geistes abhängig zu machen. Die Rücksichtslosigkeit und Entschlossenheit der Staatsgewalten und der ihnen verbundenen herrschenden Klassen und Parteien gegen das Proletariat läßt sich nur erklären daraus, daß sie sich bewußt sind, im äußersten Falle die Kanonen und Bajonette zur Verfügung zu haben, ja, wir dürfen es ruhig aussprechen, daß es in jedem Lande eine Richtung gibt, die den Krieg als ein Heilmittel gegen die „Umstürzbefestigungen“ erachtet.

Schutz der Forderungen der Bauarbeiter.

Zur Befriedigung des Bauschwindels resp. zur Einschränkung seiner schädlichen Folgen für die Handwerksmeister und Arbeiter soll nun ein Gesetz dienen, das den Reichstag schon seit längerer Zeit beschäftigt und das in der nächsten Zeit wohl noch nicht zur Verabschiedung kommt. Danach soll vor dem Beginn eines Baues ein Bauvermerk zwingendweise eingetragen werden. Mit der Eintragung des Bauvermerkes erwerben die Baugläubiger den Anspruch auf Eintragung einer Hypothek für ihre Bauforderungen (Bauhypothek); der Bauvermerk hat die Wirkung einer Vormerkung zur Sicherung dieses Anspruchs. Die Eintragung eines Bauvermerkes unterbleibt, wenn in Höhe eines Betrags, der nach dem Ermeßen der Baupolizeibehörde den vierten Teil der voraussichtlich entstehenden Baukosten erreicht, Sicherheit durch Hinterlegung von Geld oder Wertpapieren geleistet ist. Die Baupolizeibehörde darf die Bauvermerksurteilung nur erteilen, wenn Sicherheit geleistet ist oder wenn der Bauvermerk eingetragen ist und entweder die dem Bauvermerk vorgehenden Bedingungen der Baustellenwert nicht übersteigen oder in Höhe des Ueberschusses Sicherheit durch Hinterlegung von Geld oder Wertpapieren geleistet ist.

Baugläubiger soll nach dem Gesekentwurf jedoch sein, der an der Herstellung des Gebäudes auf Grund eines Werk- oder Dienstvertrages beteiligt ist oder zur Herstellung des Gebäudes Sachen geliefert hat, sofern die Werk-, Dienst- oder Lieferungsverträge von dem Eigentümer der Baustelle oder für seine Rechnung geschlossen worden sind. Dem Eigentümer der Baustelle steht gleich, wer den Bau mit Zustimmung des Eigentümers als Bauherr ausführt. Die Baugläubiger, zu denen die Arbeiter ohne weiteres gehören, sollen unter sich gleichen Rang haben. Alle Baugläubiger, Lieferanten, Handwerker und Arbeiter, sollen ein Pfandrecht an dem durch sie erzeugten Mehrwert des Grundstückes erhalten. Um den Mehrwert kennen zu lernen, soll vor dem Baubeginn der Wert der Baustelle amtlich geschätzt und festgesetzt werden. Für den Fall, daß die vorherigen Belastungen (Hypotheken) des Grundstückes seinen Wert bereits übersteigen — gewöhnlich das erste Kennzeichen des Bauschwindels —, hat der Eigentümer vor Erteilung der Bauvermerksurteilung, den Betrag der Ueberlastung als Sicherheit für die Baugläubiger zu hinterlegen.

Nachdem so der wirtschaftliche Wert der Baustelle schätzungsweise festgestellt und die etwaigen Scheinhypotheken zu Gunsten der Baugläubiger hintangestellt sind, erfolgt die Eintragung des Bauvermerkes, d. h. die späteren Forderungen der Lieferanten, Handwerker und Arbeiter werden hypothetisch „sicher“ gestellt. Will ein Bauherr eine solche Bauhypothek nicht eintragen lassen, so muß er ein Viertel der voraussichtlichen Baukosten in bar oder Wertpapieren an Amtsstelle hinterlegen.

Wird nun hierdurch den Arbeitern und Handwerkern die Sicherheit geboten, daß sie unter allen Umständen zu ihrem Gelde kommen? Leider nicht! Die Hinterlegung von einem Viertel der Baukosten genügt dazu nicht. Ist der Bauherr solvent oder hat er zahlungsfähige und willige Hintermänner, so bedirft die Hinterlegung einer solchen Summe eine erhebliche und unnötige Verletzung und Erschwerung des Bauens, gebenden Bauherr und Unternehmer aber unredliche Schiedungen vorzunehmen, dann werden schließlich die Arbeiter und Handwerker immer noch den größten Teil ihrer Forderungen einbüßen. Aber auch die Bauhypothek bietet keine unbefristete Sicherheit. Der Bauhypothek für alle Bauforderungen geht nicht nur die Belastung des Grundstückes bis zur Höhe des Baustellenwerts vor, sondern unter Umständen auch die Baugeldhypothek, d. i. die Hypothek für das zum Bauen gegebene Darlehn, welches ratenweise meist je nach Vollendung der Stadwerke gezahlt wird. Und zwar hat die Baugeldhypothek den Vorrang vor der Bauhypothek mit allen eingetragenen Beträgen, die zur Befriedigung von Bau-

Aufangsgehalt der letzten Gruppen unserer mittleren Beamtenschaft noch weit zurück. Und das war im Jahre des Bremer Klassen.
Wenn man aber dieser fälschlichen Befolgung, auf die tausend herbeizuführende Kräfte mittelbar herabgesetzt werden, die Arbeitsleistung der Volksschullehrer gegenüberstellt, so zeigt es sich — um nur eine Zahl aus jener Statistik noch zu nennen — daß Breußen 17 358 Lehrkräfte besaß, die in den amtlichen Feststellungen als „überlastet“ bezeichnet wurden.

Aus diesen Feststellungen ist zu ersehen, wie das reaktionäre preussische Regiment die Lehrer bewertet; sie entspricht ganz der Bewertung, die das Volk selber von seinen Schicksalslenkern empfand.

Ein internationaler Lehrerbund. Die internationalen Bestrebungen, denen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung hinhingewandt ist, haben mehr und mehr auch andere Berufskreise ergriffen. Namentlich haben die europäischen Lehrer ein internationales Bureau geschaffen, das jährliche Berichte über die Schulverhältnisse der einzelnen Länder herausgibt und Kongresse veranstaltet, auf denen die wichtigsten Erziehungsfragen der Gegenwart besprochen werden. Die diesjährige Hauptversammlung der Vereinigung tagte in London, die nächste wird in Prag stattfinden. Vom 1. Januar 1909 ab werden der Vereinigung wenigstens 273 000 Lehrer angehören: nämlich der deutsche Lehrerbund mit 120 000 Mitgliedern, der englische Lehrerbund mit 61 000, der französische Lehrerbund mit 60 000, der bündnerische Lehrerbund mit 8000, die niederländische Lehrergesellschaft mit 8000, der dänische Lehrerbund mit 8000, der belgische Lehrerbund mit 6500, der bulgarische Lehrerbund mit 4000 und der jugoslawische Lehrerbund mit 1500 Mitgliedern. Außerdem haben eine Reihe anderer Lehrerbünde ihren Beitritt in Aussicht gestellt oder doch Unterstützung der Arbeiten des Bureau zugesichert: nämlich der baltische, norwegische, ungarische, kroatisch-slavonische, schweizerische und italienische Lehrerbund.

Wir wünschen dieser internationalen Organisation den besten Erfolg. Möge sie wirken im Geiste der Freiheit und der Humanität, unerschrocken vor reaktionären Strömungen.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massereignisse, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:

Hamburg (Sperre über Unternehmer Zeidler, die Bauten sind Eppendorferlandstrasse, Wolkenweg, Oevelgönnerstrasse und Methfesselstrasse, und Osterabsteig der Stettiner Chamottefabrik an der Gasanstalt Grabsbrock), **Lübeck** (Sperre über Görner & Hoidenreich);

Schleswig-Holstein:

Grünhof-Tesperhude-Krämmel (Streik), **Trittau** (Sperre über Chr. Meier in Kasseburg, Arbeitsstelle Meierei in Möhnsen), **Rendsburg** (Sperren über das Rader Kokswerk, das Stahl- und Walzwerk und die Karlsruhte);

Mecklenburg:

Güstrow (Sperre über Thielke), **Sülze** (Sperre über Holdorf), **Ahrenshop a. Fischland** (Sperre über Helms);

Brandenburg:

Königs-Wusterhausen (Sperre über den Schulbau in Zernsdorf), **Fürstenwalde** (Sperre über Pätol), **Heegermühle** (Sperre über Hartmann);

Ost- und Westpreussen:

Hammerstein (Sperren über Kofahl und Karge), **Ostero** (Sperre über Tessmann aus Mohrungen);

Schlesien:

Märzdorf (Sperre über Scheundel in Grebelwitz), **Heidsfeld-Rosenthal** (Sperre über Vetter aus Weide), **Neustadt i. Oberschl.** (Sperre über Hahn);

Königreich Sachsen:

Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbauten, Berndt & Söhne, Berlinerstrasse, in L. Möckern K. Edlich, Hühnerbeinerstrasse), **Leutzsch** (Sperre über die Eisengießerei E. Becker & Co.), **Knaustkleberg** (Sperren über David Ludley und L. Loos), **Saundersdorf bei Zwickau** (Sperre über Berger aus Schönheide), **Mülsen** (Sperren über Ferd. Döhn in St. Niklas und Emil Meier in Ortmanndorf), **Grimma** (Streik);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Cracau b. Magdeburg (Sperre über Weingart), **Kenscheburg** (Sperre über Bantzmann aus Lützen), **Weissenfels** (Sperre über Oskar Farsche, Bahnhof Corbetta), **Gardelegen** (Sperre über Panzer);

Thüringen:

Arnstadt (Sperre über Gressler), **Ronneburg** (Sperre über Kretschmar);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lipp:

Wittingen (Streik), **Stadthagen** (Sperren über Pape in Nordsehl und Pape in Helsen), **Misburg** (Sperre über die Zementfabrik „Germania“), **Manster, Westerode u. Umgegend** (Differenzen), **Visselhövede** (Differenzen), **Nordenham** (Sperre über die Bauten der Metallwerk-Aktionsgesellschaft), **Glesmarode** (Sperre über den

Neubau des Schöninger Bahnhofs), **Grassendorf** (Sperre über Thiele aus Lehre), **Holschausen** (Sperre über Ringe);

Hessen:

Rinteln (Sperre über Ackmann in Oberkirchen und Ebbling in Vehlen);

Westfalen und Rheinland:

Elberfeld-Barmen (Sperre über den Unternehmer Wipperfurth aus Gerresheim und über die Arbeiten der Firma Diedier & Co. aus Stettin an der Gasanstalt), **Düsseldorf-Bonnath** (Sperre über Zensen), **Kaiserswerth** (Sperre über die Bauten der Diakonissenanstalt), **Castrop** (Sperre über Lamperts und Velleuer), **Minden** (Sperre über den Bau des Unternehmers Fiege in Berkausen);

Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:

Hassloch (Sperre über Steidel), **Mülhausen** (Sperre über Trapp, Entwässerungskanal);

Fliessenleger:

Mülheim-Ruhr (Sperre über Möhlenbrück & Mathois), **Kiel** (Differenzen);

Isolierer und Steinhölzler:

Celle (Streik bei der Firma Haacke & Co., auch bei deren Filialen in Berlin und Hamburg), **Mannheim-Ludwigshafen** (Sperre über die Mannheimer Isolierwerke und die Korksteinfabrik), **Leipzig** (Sperre über die Firma Friedrich Wilhelm Krause, Moltkestr. 28);

Schweiz:

Olten (Streik), **Bern** (Differenzen);

Oesterreich:

Kladno, Kralup, Triesch.

Gau Danzig.

Nach langem Daniebeliegen der Bautätigkeit in der pommerischen Stadt **Stolz** können wir jetzt die erfreuliche Tatsache konstatieren, daß sich die Arbeitslosigkeit bedeutend gebessert hat. Hier ist es der Militarismus, der uns mit Kasernebauten zu Galle kommt, so daß sich die arbeitslosen Kollegen unseres Stolzler Zweigvereins den besten Hoffnungen hingeben. Leider haben sie, wie so manchmal, die Richtung ohne das Unternehmertum gemacht. Herr Maurermeister Roser will am Kasernebau durchaus keine Verbindungen beschließen, obwohl zwischen uns und den Unternehmern ein festes Tarifverhältnis besteht. Daß Herr Roser auch nur der kleinste Grund für sein Vorgehen gegeben ist, können wir nicht finden. Als Grund kann unsere Gracianus nur die unüberwindliche Angst vor den Stolzler Kollegen in Betracht kommen. Oder sollte man gar befürchten, daß wenn organisierte Kollegen am Kasernebau tätig sind, die Soldaten, die später die Kaserne bewohnen, Sozialdemokraten werden könnten? Vielleicht regeln die Stolzler Kollegen einmal diese Angelegenheit in der Schlichtungskommission. Wie die Unternehmern die kaum bemerkbar gewordene günstige Konjunktur für sich auszunutzen verstehen, hat auch Herr Gärtner bewiesen. Die Treiberei auf seinem Bau wollte gar kein Ende nehmen. Eine vorrätigsmäßige Baubau wurde nicht hergestellt. Dem Verlangen unserer Kollegen, die sonstigen Mischlande mannigfaltiger Art zu beilegen, schenkte man kein Gehör. Im Gegenteil, man behandelte die Kollegen nur noch schroffer und abweisender. Das Ende vom Liede war, daß die Kollegen die Arbeit einstellten, um diese Mischlande zu beilegen und sich eine angemessene Bezahlung zu erkämpfen. Durch Vermittlung des Zweigvereinsvorsitzenden und des Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes wurde die Differenz beigelegt. Der Unternehmer hat sich verpflichtet, binnen 48 Stunden die Mischlande zu beilegen. Weil nun aber drei Kollegen in der Zeit anderweitig Arbeit angenommen hatten und nach Erledigung des Streikfalles nicht zur alten Arbeitsstelle zurückgekehrt waren, konstatieren die Unternehmern sofort einen Tarifbruch. Hier sind also die Unternehmern sehr schnell mit einem Tarifbruch bei der Hand; wenn sie aber Kollegen ohne irgend welche Ursache entlassen, so ist das natürlich in ihren Augen nur ihr gutes Recht, beilege aber kein Tarifbruch. Auch wenn sie einigen Reuten den tarifmäßigen Lohn nicht zahlen, wollen sie von Tarifbruch nichts wissen. Aber hier, wo Herr Gärtner selber mit dazu beigetragen hat, daß tüchtigen Arbeitern das Arbeiten bei ihm verweigert worden ist, da ist es Tarifbruch, wenn es die Kollegen, vorgehen, bei einem anderen Unternehmer zu arbeiten. Man soll, um spontane Arbeitsniederlegungen zu vermeiden, jeden Menschen so behandeln, wie man selber behandelt werden will, dann wird manches auch in Stolz i. P. anders werden.

Die verschiedenen Maßnahmen der Unternehmern in **Rastenburg** gegen unseren Zweigverein im Laufe dieses Jahres haben nicht vermocht, auch nur einen Augenblick unsere Kollegen müßlos oder gar zu willfährigen Werkzeugen der Unternehmern zu machen. Sie hielten mit wenigen Ausnahmen treu zur Organisation, weil sie wußten, daß, wenn sie erst ihrer Organisation abtrünnig würden, die Unternehmern gewonnenes Spiel hätten. Und die Organisation der Maurer zu vernichten, oder sie auseinanderzupressen, war das erstrebte Ziel der Unternehmern von Anfang an. Bis vor kurzem waren alle Bemühungen der Unternehmern nach dieser Richtung hin erfolglos. Als sie sich aber an unsere Brüder in Christo nach Königsberg wandten, sollten ihre Bemühungen von Erfolg begleitet sein. Auf Veranlassung der **Rastenburg** Unternehmern haben die Christen eine Versammlung für Bauhandwerker abgehalten, im Beisein des Unternehmerns Becker wurden die Vorarbeiten zur konstituierenden Versammlung getroffen. Diese hat stattgefunden, und es haben sich leider sechs Maurer und ein Zimmerer überreden lassen, dem christlichen Verbande beizutreten. Wer noch im Zweifel darüber ist, was die Unternehmern mit dieser Neugründung der christlichen Organisation bezwecken, dem möge folgendes zur Aufklärung dienen: Während der Verhandlungen im Streit sagte Herr Moderer: „Wenn wir nur erst eine christliche Organisation hier haben, dann wird die Sache schon anders kommen.“ Herr

au sagte: „Wir werden an den Rastenburg Maurern ein Beispiel statuieren, sie auspressen und sie überhaupt nicht wieder einstellen.“ Und als Herr Molnar vom christlichen Verband beim Mitgliederfang, im Gegenwar des Unternehmerns Becker, auf ihren Streik in Weidenburg verwies, da sagte dieser sehr treffend: „Wenn Sie auch streiken, dann hat ja die Sache auch keinen Zweck.“ Wer sich also nach diesem offensichtlichen Willen der Unternehmern dennoch verleben lassen wollte, seiner alten bewährten Organisation den Rücken zu kehren und zu den Christen überzulaufen, der weiß jetzt, zu was er verwendet werden soll. Er soll zum Verräter werden an sich, an seiner Familie und an der Gesamtheit der Rastenburg Maurer. So wollen es die Rastenburg Unternehmern. Darum, Kollegen, seid auf der Hut und weßt jedes Liebeswerben der Unternehmern und ihrer christlichen Verbündeten entschieden zurück. Es wird sich bei dieser Sachlage empfehlen, Rastenburg einzuziehen zu meiden.

Gau Hannover.

Vom Zweigverein **Walsrode** wird über eine Sperre berichtet, die nötig geworden war, um den Unternehmer **Vollendorf** in Walsrode zu veranlassen, den tarifmäßigen Lohn zu zahlen. Nach achtstündiger Dauer der Sperre kam Vollendorf und gebot Besserung. Wie lange das nun aber dauern wird, steht dahin, viel kann man ihm in dieser Hinsicht nicht antun.

Der Unternehmer **Fiege** aus Deynhausen hat zur Zeit auch einen Neubau in **Barthausen**, Zweigvereins- und Wohngebiet **Minden**, auszuführen. Da in Deynhausen der Stundenlohn nur 40 $\frac{1}{2}$ beträgt, im Mindener Wohngebiet hingegen 45 $\frac{1}{2}$, so glaubt Fiege auch in Barthausen mit 40 $\frac{1}{2}$ Lohn auszukommen. Wiederholte Vorstellungen der Organisationsvertreter konnte ihn nicht ändern. So machten. Da also in Gite nichts zu erreichen war, ist der Bau gesperrt. Außer zwei Christlichen kommen sechs Kollegen vom Deynhauser Zweigverein in Betracht. Fiege wird alles daran setzen, „Arbeitswillige“ aufzutreiben und seine Bemühungen dürfen auch mit etwas Glück gekrönt sein. Befinden sich doch „Mischkollegen“ in allernächster Nähe, die beratende schädliche Dienste gewerbsmäßig betreiben. Das kann die Kollegen aber nicht abhalten, alles daran zu setzen, mindestens den so wie so fälligen Stundenlohn aufrecht zu erhalten.

Gau Magdeburg.

Der Unternehmer **Panzer** in **Gardelegen** glaubt, seine Submissionsfunden auf die Arbeiter abladen zu können. Am 5. September teilte er den Kollegen bei der Lohnzahlung mit, daß er den Lohn von 88 auf 37 $\frac{1}{2}$ kürzen müsse, weil er einen Bau zu billig hätte annehmen müssen. Die Kollegen wandten sich an den Bauvorsitzenden; als der aber zu Herrn Panzer kam, um mit ihm zu reden, machte sich P. unschuldig. Die Kollegen haben nun die Arbeit eingestellt, was vielleicht den Erfolg hat, daß Herr Panzer wieder erscheint und mit sich reden läßt. Schmutzkonturrenz auf Kosten der Arbeiter gibt's nun mal nicht.

Gau München.

In **Bad Abbding** kam es nach schweren Geburtswehen endlich auch zu einem Tarifabschlusse. Gefordert waren dort 42 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn, sowie die allgemein üblichen Zuschläge. In der Unterhandlung stimmten die Unternehmern das bekannte Angebot an über schlechte Konjunktur, schlechte Mauer, rüchsigste Bauherren usw. Nur sich selbst stellten die Herren als die unschuldigen Räumlein hin, die obgleich nur aus dem Grunde bauen, um den bösen Maurern Arbeitslosigkeit zu geben. Eine Lohnreduzierung lehnten sie rundweg ab, weil der Lohn für Maurer (38 bis 38 $\frac{1}{2}$ pro Stunde) schon viel zu hoch sei. Nach langwierigen Unterhandlungen sequenten sich die Herren, für das heutige Jahr 40 $\frac{1}{2}$, für 1909 von 1. April an 42 $\frac{1}{2}$ zu zahlen. In allen anderen Punkten folle der Rosenheimer Vertrag gelten. Da unter keinen Umständen mehr herauszubekommen war, erklärte der Bauvorsitzende, das Resultat der Vermählung mitteilen zu wollen; für die Annahme könne er aber unter diesen Umständen nicht eintreten. In der am Abend des gleichen Tages abgehaltenen Versammlung wurde denn auch das Angebot der Unternehmern abgelehnt, und zugleich der Beschluß gefaßt, das Gewerkegericht Abbding als Einigungsamt anzurufen. Vor dem Gewerkegerichte wiederholte sich das gleiche Schauspiel, jedoch gelang es nach dreistündiger Unterhandlung, eine Einigung zu erzielen. Der Vertrag tritt erst am 1. März in Kraft. Im allgemeinen gelten die Bestimmungen des Rosenheimer Tarifvertrages. Der Stundenlohn beträgt 38 $\frac{1}{2}$, vom 1. Januar 1909 an 42 $\frac{1}{2}$. Wenn nun auch nicht alle Wünsche der Kollegen in Erfüllung gegangen sind, so bedeutet dieser Abschluß doch einen ganz bedeutenden Fortschritt. Bisher wurden 86 bis 88 $\frac{1}{2}$ pro Stunde gezahlt, im Winter jedoch, oder zur Zeit der Arbeitslosigkeit, wurden auch die tüchtigsten Maurer mit 35 $\frac{1}{2}$ pro Stunde abgepflegt. Diese rüchsigste Lohnrückbildung ist nun durch Abschluß dieses Vertrages beseitigt, und die Abbding Kollegen werden wohl dafür sorgen, daß er auch streng eingehalten wird.

Vertragsfreistellungen in Rauenburg a. d. Elbe.

Der in Rauenburg a. d. Elbe zwischen Maurern und Zimmerern und der Baugewerksinnung abgeschlossene Vertrag leidet, wie so mancher andere, an dem Mangel einer festen Umschreibung seines Geltungsbereiches. Man hat sich damit begnügt, einen Vertrag abzuschließen, ohne indes auch zu vereinbaren, für welche Orte er gelten soll. Das rächt sich nun, indem schwere Differenzen zwischen den Vertragspartnern entstanden sind. Umgefahr halbwegs zwischen Rauenburg und Gießhübel liegen einige Orte, Krümmel, Tesperhude und Grünhof, über die der Streit entbrannt ist. Einige Rauenburger Unternehmern hatten dort Arbeiten und verlangten nun von unseren Kollegen, daß diese gegen einen vertraglich festgesetzten Zuschlag für Landarbeiten von 80 $\frac{1}{2}$ für den Tag dort arbeiteten. Nun besteht aber in Gießhübel ein Vertrag mit wesentlich höheren Löhnen, als nach dem Rauenburger Vertrag zu zahlen sind. In Rauenburg sollen 48 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn gezahlt werden, in Gießhübel aber 60 $\frac{1}{2}$. Die Rauenburger

Unternehmer wollten für die Arbeit in diesen recht weit entfernten Orten, einschließlich Landgeld 55 3 Stundenlohn zahlen. Dagegen erhoben die Gewerkschaften Krümmel, Teperhude und Grünhof zu ihrem Vertragsgebiet gehörten und das deshalb dort der Gewerkschaften Vertragslohn zu zahlen sei. Als sich die Rauenburger Unternehmer dessen weigerten, herrschten die Gewerkschaften die dortigen Arbeiter und stellten die Arbeit in jenen Orten ein. Zimmerer sollten in Rauenburg Arbeiten verrichten, die für die gesperrten Bauleistungen bestimmt waren. Sie hielten das unter den vorliegenden Umständen für Streikarbeit und weigerten sich dessen. Ihr Verlangen nach anderer, einwandfreier Arbeit erfüllte der betreffende Unternehmer nicht, und so mußten sie auch in Rauenburg selbst die Arbeit niederlegen.

Das Hielten die Unternehmer für einen Vertragsbruch. Sie riefen das Gewerbegericht als Einigungsamt an, wo unsere Kollegen dann einwanden, daß das Einigungsamt darüber gar nicht verhandeln könne, weil die Differenzorte nicht zum Vertragsgebiet gehörten; für das sei aber das Einigungsamt nur zuständig. Damit waren die Unternehmer nicht zufrieden. Die Baugewerksinnung verlagte nun die Lohnkommission der Maurer und Zimmerer beim Rauenburger Gewerbegericht, wegen Weigerung zur Erfüllung des Arbeitsvertrages. Die Innung beantragte:

1. Die Beklagte zu verurteilen, daß die Gezellen verpflichtet sind, in der Umgebung von Rauenburg für 48 3 Stundenlohn und Landgeld, gemäß des Arbeitsvertrages, zu arbeiten;
2. der Beklagten die Kosten des Rechtsstreites aufzuerlegen;
3. das Urteil für vorläufig vollstreckbar zu erklären.

In einem Klagenantrage erweiterte die Innung ihre Anträge dahin:

Die Maurer und Zimmerer zu Rauenburg, vertreten durch die Lohnkommission, zu verurteilen, die Sperren aufzuheben, da dieselben gegen die Bestimmungen des abgeschlossenen Vertrages verstoßen, die Kosten zu tragen und den entstandenen Schaden zu ersetzen.

Darauf fällt das Gewerbegericht folgendes Urteil:

Im Namen des Königs!

In Sachen der Baugewerksinnung zu Rauenburg a. d. E., Kläger, vertreten durch Th. Bajedow und G. Knoke, gegen die Lohnkommission der Maurer und Zimmerer zu Rauenburg a. d. E., Beklagte, vertreten durch H. Weid und Fr. Trost, hat das königliche Gewerbegericht zu Rauenburg a. d. E. in der öffentlichen Sitzung vom 27. August 1908, an welcher teilgenommen haben: 1. als Vorsitzender zweiter Bürgermeister Hinke, 2. als beauftragte Richter: a) aus dem Kreise der Arbeitgeber O. S. Hildebrandt, b) aus dem Kreise der Arbeitnehmer Fr. Bartels, für Recht erkannt:

Die Beklagten werden verurteilt, nach den im Arbeitsvertrage vom 19. April 1907 vereinbarten Lohnsätzen weiter zu arbeiten und die Kosten des Verfahrens zu tragen. Der Wert des Streitgegenstandes wird auf M 200 (zweihundert Mark), die Gebühr auf M 6 festgesetzt.

(gez.) Hinke. Rood.

Entscheidungsgründe.

Zwischen den Mitgliedern der Baugewerksinnung und der Lohnkommission besteht zur Zeit ein Streit über die Höhe des in den Ortsstatuten Krümmel, Teperhude, Grünhof zu zahlenden Lohnes. Die Kommission glaubt, daß dort die höheren Gewerkschaften Löhne zu zahlen seien, weil die genannten Orte von ihrem Gewerbe zum Gewerkschaftsbezirk gerechnet werden.

Um ihre Forderungen durchzusetzen, haben die Zimmerer im Knochenhies Betriebe am 24. August sich gewiegert, hier am Orte Arbeiten, die für Krümmel bestimmt waren, auszuführen, und auf die Antwort Knoke, „wenn sie diese Arbeiten nicht machen wollten, hätte er nichts für sie“, den Platz verlassen und die Arbeit eingestellt.

Klägerin beantragte darauf, die Lohnkommission zu verurteilen, die Sperre aufzuheben, die Kosten zu tragen und den entstandenen Schaden zu ersetzen und erweiterte diesen Antrag mit Zustimmung der Beklagten dahin,

daß nach den im Arbeitsvertrage vom 19. April 1907 vereinbarten Lohnsätzen weiter gearbeitet werden müßte.

Diesem Antrage des Klägers wurde stattgegeben. Nach § 1 des Arbeitsvertrages kann das Arbeitsverhältnis zwar jederzeit von beiden Seiten ohne vorherige Kündigung gelöst werden, doch bezeugen beide Parteien übereinstimmend, daß ihm eine weittragende Bedeutung nicht zukomme, und daß er nur einzelnen Mitgliedern den Austritt erleichtern solle und vom § 8 eingeschränkt werde.

Danach ist der Arbeitsvertrag vom 19. April 1907 in Kraft. Es war Klägerin darin beizupflichten, daß Beklagte bis zum 31. Dezember 1908 zur Erfüllung des Vertrages verpflichtet ist.

Die von der Beklagten erhobene Widerklage, den Zimmermeister Knoke ebenfalls für kontraktbrüchig zu erklären, weil er nicht für Arbeit gesorgt habe, wurde dahin entschieden, daß sie gemäß § 123, 3 abzulehnen sei. Es muß dem Arbeitgeber überlassen bleiben, welche Arbeiten er seinen Leuten zuteilen will.

Die Entscheidung bezüglich der Kosten und Gebühren redigiert sich aus §§ 57 und 58 des Gewerbegerichts-gesetzes vom 1. Januar 1902.

Offentlich verkündigt:

(gez.) Hinke, stellb. Vorsitzender des Gewerbegerichts.

Ausgefertigt:

(gez.) Brinmann, Gerichtsschreiber.

Das Gewerbegericht hat danach einen Vertragsbruch unserer Kollegen angenommen. Das ist indes nicht so tragisch aufzufassen, da das Gericht so vernünftig war, den Wert des Streitgegenstandes auf M 200 festzusetzen, wodurch das Urteil berufungsfähig geworden ist. Und Berufung wird und muß eingelegt werden. Und dann fällt

dies Urteil. Das Gewerbegericht scheint keine erschöpfende Prüfung des Sachstandes vorgenommen zu haben; ja, uns scheint, als ob es nicht einmal seine Zuständigkeit geprüft hätte. Nach Lage der Sache kann hier nur der § 4 Abs. 1 des Gewerbegerichts herangezogen werden, der die Zuständigkeit der Gewerbegerichte ausdrückt für Streitigkeiten über den Austritt, die Fortsetzung oder die Auflösung des Arbeitsverhältnisses. Die beklagten Lohnkommissionsmitglieder haben in gar keinem kritischen Arbeitsverhältnis gestanden. Um ihr Arbeitsverhältnis handelte es sich gar nicht. Es handelte sich um den Geltungsbereich eines von ihnen abgeschlossenen Tarifvertrages, also um eine gänzlichliche Streitfrage, zu deren Entscheidung das Gewerbegericht nicht zuständig ist. Das hat das Rauenburger Gewerbegericht jedenfalls gar nicht geprüft, denn sonst müßte es, ebenso wie das Hildesburger Gewerbegericht in dem dortigen Streitfall, seine Inzuständigkeit erklärt haben. Die Sache gehört vor die ordentlichen Gerichte, und wenn die sich mit der Sache befassen, dann werden sie wiederum zunächst prüfen müssen, ob die Lohnkommission überhaupt zu verurteilen ist. Diese formalen Beanstandungen des obigen Urteils machen wir nur deswegen, um zu zeigen, wie mangelhaft der Spruch des Rauenburger Gewerbegerichts fundiert ist, und wie man seine Auffassung, unsere Kollegen wären vertragsbrüchig geworden, bewerten muß.

Zur sachlichen Seite des Urteils nur wenige Worte. Wir würden jedenfalls unseren Kollegen geraten haben, nachzugeben, wenn wir in ihrem Vorgehen einen Vertragsbruch sähen. Es ist kein Vertragsbruch. Die Rauenburger Unternehmer haben kein vertraglich begründetes Recht zu verlangen, daß die Rauenburger Arbeiter nach Krümmel zu gehen und dort für den gewöhnlichen Lohn arbeiten. Sie haben das ja auch selbst anerkannt, indem sie statt 48 + 3 3, 55 3 für die Stunde zahlten. Wohl aber haben die Gewerkschaften Maurer und Zimmerer ein Recht zu verlangen, daß in den drei Differenzorten nach ihrem Vertrag gearbeitet wird. Nachtrag haben sie diese Orte als zu ihrem Vertragsgebiet gehörig betrachtet, und sie wählten sich darin eins mit ihren Unternehmern. Der Gewerkschaft Vertrag ist früher abgeschlossen, als der Rauenburger, und bei seinem Abschluß galt er stillschweigend auch für die jetzt kritischen Klage. Das ist von den Gewerkschaften der Unternehmer jetzt ausdrücklich bestätigt worden. Als nun der Vertrag verlegt wurde, war es das gute Recht der Gewerkschaft, dagegen vorzugehen; das war kein Vertragsbruch, sondern Vertragsverletzung. Die Rauenburger Maurer und Zimmerer aber gerieten in einen peinlichen Konflikt, sie konnten, wenn sie in den Differenzorten weiter arbeiten wollten, es nur tun, indem sie den vom Gewerkschaftsbaugewerbe abgeschlossenen Vertrag verletzten, wodurch sie in den Augen ihrer Gewerkschaften Kollegen sicher als Streikbrecher gegolten hätten. Darum legten sie die Arbeit nieder. Bei dieser Sachlage ist das oben mitgeteilte Urteil gar unverständlich; es steht dort ein Vertragsbruch, wo gerade ein Vertragsbruch verhindert worden ist.

Da gegen das Urteil Berufung eingelegt werden wird oder wohl schon eingelegt worden ist, so ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Die etwa von Unternehmenseite geplanten Entlohnungsbedingungen über einen Vertragsbruch der Maurer bitten wir darum einstweilen zurückzustellen.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Flugblattverbreitung und Hausagitation.

Die nachstehend ausgeschriebene mündliche Agitation soll eingeleitet und unterstützt werden durch eine Flugchrift, die Sonntag, den 4. Oktober, in allen Zweigvereinsgebieten des Verbandes verbreitet werden soll.

Mit der Flugblattverbreitung ist eine Hausagitation zu verbinden, um die nichtorganisierten Kollegen unserem Verbandszuführen.

Die Flugchrift soll allen Verbandsmitgliedern und auch allen dem Verbands nicht angehörenden Kollegen zugestellt werden, und zwar erstens durch die „Grundstein“-Verbreiter und letzteren durch eigens dazu bestimmte Kollegen.

Wir ersuchen die Mitglieder des Verbandes und besonders die Zweigvereinsvorstände, hiervon Notiz zu nehmen und zum guten Gelingen mit beizutragen.

Aufgabe der Zweigvereinsvorstände ist es, sofort die erforderlichen Vorbereitungen für die Flugchriftverbreitung und Hausagitation zu treffen. Für die Hausagitation ist besonders erforderlich, daß die Namen und Adressen der nichtorganisierten Kollegen aufgezeichnet und Verbandsmitglieder bestimmt werden, welche den Nichtorganisierten die Flugchriften ins Haus tragen und diese mündlich zu bewegen suchen, sich dem Verbands anzuschließen.

Neben der Hausagitation ist auch eine lebhaft Agitation auf den Bauplätzen zu betreiben und zu dem Zweck das Baubelegerntesystem allgemein einzuführen. Auf jedem Arbeitsplatz, wo mehrere Kollegen beschäftigt sind, muß ein Baubelegerter vorhanden sein.

Um die Aufnahme der Mitglieder zu erleichtern, müssen die Baubelegernten und Hausagitatoren kleine Aufnahmescheine, die bei uns in beliebiger Zahl zu haben sind, bei sich führen.

Die Flugchrift versenden wir in der Woche vom 20. bis 26. September mit dem „Grundstein“ oder in besonderen Paketen resp. Kisten.

Dieser Sendung fügen wir bei für die Bibliotheken der Zweigvereine:

a) Tarifverträge 1907;

b) Jahrbuch 1907;

c) Erhebungen der Zentralkommission, für Bauarbeiter-schutz, und

d) eine Broschüre: „Gochtonjunktur und Wirtschaftskrisis“ von M. Schippel.

Zweigvereine, die das Flugblatt und die unter a bis d genannten Schriften bis zum 27. September nicht in Händen haben, werden gebeten, uns Mitteilung zu machen.

Agitationsversammlungen.

Hiermit werden für die unten genannten Orte Agitationsversammlungen ausgeschrieben.

Die Tagesordnung in allen Versammlungen hat zu lauten:

Wirtschaftliche Krisen, ihre Ursachen und Wirkungen.

Die Versammlungen sollen Mitgliederversammlungen sein und als außerordentliche Generalversammlungen bezeichnet werden. Nichtmitglieder können eingeführt werden.

Die Einberufung der Versammlungen ist Sache der Zweigvereinsvorstände. Zur Bekanntgabe dürfte es sich empfehlen, sogenannte Aufzettel herstellen zu lassen und jedem Mitgliede ins Haus zu bringen.

Den Referenten ist seitens der Zweigvereinsvorstände mitzuteilen, in welchem Lokal und zu welcher Tageszeit die Versammlung stattfindet.

Gau Berlin.

Referent: L. Barnsdorf, Hannover, Langestr. 2.

Jehndick	Sonntag, 4. Oktober	nachmittags
Fürstberg i. Medl.	Montag, 5. Oktober	abends
Neustreitz	Dienstag, 6. Oktober	"
Wittenberge	Mittwoch, 7. Oktober	"
Neuruppin	Donnerstag, 8. Oktober	"
Rauen	Freitag, 9. Oktober	"
Spanbau	Sonntag, 10. Oktober	"
Werder	Sonntag, 11. Oktober	abends
Groß-Kreutz-Regnin	Sonntag, 11. Oktober	nachmittags
Brandenburg	Montag, 12. Oktober	abends
Rathenow	Dienstag, 13. Oktober	"
Potsdam	Mittwoch, 14. Oktober	"
Nowames	Donnerstag, 15. Oktober	"
Bernau	Freitag, 16. Oktober	"
Gerswalde	Sonntag, 17. Oktober	"
Freienwalde	Sonntag, 18. Oktober	nachmittags
Briesen	Sonntag, 18. Oktober	nachmittags

Ref.: S. Tönnies, Hamburg, Felsenbinderhof 56, 1. Et.

Trebbin	Sonntag, 4. Oktober	nachmittags
Jüterbog	Montag, 5. Oktober	abends
Wittenberg	Dienstag, 6. Oktober	"
Endenwalde	Mittwoch, 7. Oktober	"
Cöpenick	Dienstag, 8. Oktober	"
Cüstrin	Freitag, 9. Oktober	"
Neudamm	Sonntag, 10. Oktober	"
Landberg a. d. W.	Sonntag, 11. Oktober	nachmittags
Schneidemühl	Montag, 12. Oktober	abends
Fleisch	Dienstag, 13. Oktober	"
Dangrowitz	Mittwoch, 14. Oktober	"
Kolmar	Dienstag, 15. Oktober	"
Posen	Freitag, 16. Oktober	"
Breschen	Sonntag, 17. Oktober	"
Schwierin a. d. W.	Sonntag, 18. Oktober	nachmittags
Schwiebus	Sonntag, 18. Oktober	nachmittags

Referent: Jos. Lübbing, Wiesbaden, Wellstr. 41.

Mühlberg	Sonntag, 4. Oktober	nachmittags
Doctitz	Montag, 5. Oktober	abends
Finkenwalde	Dienstag, 6. Oktober	"
Zeuthen	Mittwoch, 7. Oktober	"
Spremberg	Donnerstag, 8. Oktober	"
Forst	Freitag, 9. Oktober	"
Soran	Sonntag, 10. Oktober	"
Libben	Sonntag, 11. Oktober	nachmittags
Libbenau	Montag, 12. Oktober	abends
Ag. Wuthershausen	Dienstag, 13. Oktober	"
Erfner	Mittwoch, 14. Oktober	"
Fürstwalde	Dienstag, 15. Oktober	"
Frankfurt	Freitag, 16. Oktober	"
Guben	Sonntag, 17. Oktober	"
Sommerfeld	Sonntag, 18. Oktober	nachmittags
Croffen	Sonntag, 18. Oktober	nachmittags

Gau Bremen.

Referent: S. Köster, Breslau, Margarethenstr. 17.

Osabrück	Sonntag, 4. Oktober	abends 11 Uhr
Welle	Montag, 5. Oktober	nachm. 4 "
Odenburg	Dienstag, 6. Oktober	abends 6 "
Delmenhorst	Mittwoch, 7. Oktober	" 8 "
Bremen	Dienstag, 8. Oktober	" 8 "
Bremerhaven	Freitag, 9. Oktober	" 8 "
Nordenham	Sonntag, 10. Oktober	" 8 "
Barel	Sonntag, 10. Oktober	" 8 "
Begeck	Sonntag, 11. Oktober	nachm. 4 "
Brinkum	Montag, 12. Oktober	abends 8 "
D. Scharmbed	Dienstag, 13. Oktober	" 8 "
Verden	Mittwoch, 14. Oktober	" 8 "
Guben	Dienstag, 15. Oktober	" 8 "
Norderney	Freitag, 16. Oktober	" 8 "
Wilhelmshaven	Sonntag, 17. Oktober	" 8 "
Norden	Sonntag, 18. Oktober	nachm. 3 "
Wittmund	Sonntag, 18. Oktober	nachm. 3 "

Gau Breslau.

Referent: Hildebrand, Bremen, Gantenstr. 21/22, 2. Et.

Neumarkt	Sonntag, 4. Oktober	vorm. 10 Uhr
Deutsch Lissa	Sonntag, 4. Oktober	nachm. 8 Uhr
Strehlen	Montag, 5. Oktober	abends 7 Uhr
Breslau	Dienstag, 6. Oktober	" 7 "
Oppeln	Mittwoch, 7. Oktober	" 7 "
Reife	Donnerstag, 8. Oktober	" 7 "
Brieg	Freitag, 9. Oktober	" 7 "
Reifswitz	Sonntag, 10. Oktober	nachm. 4 Uhr
Freiburg	Sonntag, 11. Oktober	vorm. 11 Uhr
Wittich	Sonntag, 11. Oktober	nachm. 3 Uhr
Striegau	Montag, 12. Oktober	abends 7 Uhr
Gottberg	Dienstag, 13. Oktober	" 7 "
Waldenburg	Mittwoch, 14. Oktober	" 7 "
Neurode	Donnerstag, 15. Oktober	" 7 "
Langenbühlau	Freitag, 16. Oktober	" 7 "
Reichenbach	Sonntag, 17. Oktober	" 7 "
Witzsch	Sonntag, 18. Oktober	vorm. 10 Uhr
Sachwitz	Sonntag, 18. Oktober	nachm. 4 Uhr

Gau Cöln.

Referent: Joh. Schenl, Erfurt, Yorkstr. 7, 2. Et.

Renscheid	Sonntag, 4. Oktober	vormittags
Sollingen	Sonntag, 4. Oktober	nachmittags
Wülfrath a. Rh.	Montag, 5. Oktober	abends
Cöln	Dienstag, 6. Oktober	"
Kell	Mittwoch, 7. Oktober	"
Seelen	Donnerstag, 8. Oktober	"
Gummersbach	Freitag, 9. Oktober	"
Büren	Sonntag, 10. Oktober	abends
W. Gladb. Rhendi	Sonntag, 11. Oktober	vormittags
Grefeld	Montag, 12. Oktober	nachmittags
Barmen	Dienstag, 13. Oktober	abends
Eberfeld	Mittwoch, 14. Oktober	"
Silden	Donnerstag, 15. Oktober	"
Düsseldorf	Freitag, 16. Oktober	"
Neuf	Sonntag, 17. Oktober	abends
Nachen	Sonntag, 18. Oktober	vormittags
Mastricht (Holland)	Sonntag, 18. Oktober	nachmittags

Referent: Albert Kreibohm, Cöln, Severinstr. 199.

Bonn a. Rh.	Sonntag, 4. Oktober	vormittags
Schweinf.	Sonntag, 4. Oktober	nachmittags
Kempen	Sonntag, 11. Oktober	vormittags
Berndorf	Sonntag, 11. Oktober	nachmittags
Sterck	Sonntag, 18. Oktober	vormittags

Referent: Linde, Cöln, Peterstr. 25.

Delbert	Sonntag, 10. Oktober	abends
Voswinkel	Sonntag, 11. Oktober	vormittags
Eronenberg	Sonntag, 11. Oktober	nachmittags

Referent: Joh. Kessel, Aachen, Alexanderstr. 109.

Berg-Grabbach	Sonntag, 4. Oktober	vormittags
Schleibach	Sonntag, 4. Oktober	nachmittags
Kuppertberg	Sonntag, 11. Oktober	abends
Wermelskirchen	Sonntag, 11. Oktober	vormittags

Ref.: Martin Hirdes, Eberfeld, Heinrichstr. 11a.

Ronsdorf	Sonntag, 11. Oktober	vormittags
Chlags	Sonntag, 17. Oktober	abends
Wald	Sonntag, 18. Oktober	vormittags
Paan	Sonntag, 18. Oktober	nachmittags

Gau Danzig.

Ref.: Jul. Koch, Magdeburg, Gr. Münzstr. 3, 3. Et.

Stolz i. P.	Sonntag, 4. Oktober	vorm. 10 Uhr
Witow	Sonntag, 4. Oktober	nachm. 4 Uhr
Danzig	Montag, 5. Oktober	abends 7 Uhr
Elbing	Dienstag, 6. Oktober	" 7 "
Königsberg i. Pr.	Mittwoch, 7. Oktober	" 7 "
Memel	Donnerstag, 8. Oktober	" 7 "
Tiffit	Freitag, 9. Oktober	" 7 "
Lyde	Sonntag, 10. Oktober	" 7 "
Rastenburg	Sonntag, 11. Oktober	mittags 1 Uhr
Senburg	Montag, 12. Oktober	nachm. 4 Uhr
Oderode	Dienstag, 13. Oktober	abends 7 Uhr
St. Gylau	Mittwoch, 14. Oktober	" 7 "
Marientwerder	Donnerstag, 15. Oktober	" 7 "
Gradenz	Freitag, 16. Oktober	" 7 "
Gohrdshausen	Sonntag, 17. Oktober	" 6 Uhr
Thorn	Sonntag, 18. Oktober	vorm. 10 Uhr
Bromberg	Sonntag, 18. Oktober	nachm. 3 Uhr

Gau Dortmund.

Ref.: Wilh. Schaner, Stettin, König-Albertstr. 28, 1. Et.

Münster	Sonntag, 4. Oktober	vorm. 11 Uhr
Damm	Sonntag, 4. Oktober	nachm. 4 Uhr
Lina	Montag, 5. Oktober	abends 8 Uhr
Sock	Dienstag, 6. Oktober	" 8 "
Börde	Mittwoch, 7. Oktober	" 8 "
Dortmund	Donnerstag, 8. Oktober	" 8 "
Berne	Freitag, 9. Oktober	" 8 "
Lünen	Sonntag, 10. Oktober	" 8 "
Lünen-Dortmund	Sonntag, 11. Oktober	vorm. 11 Uhr
Recklinghausen	Sonntag, 11. Oktober	nachm. 4 Uhr
Waltrop	Montag, 12. Oktober	abends 8 Uhr
Geseke	Dienstag, 13. Oktober	" 8 "
Langenbreyer	Mittwoch, 14. Oktober	" 8 "
Witten	Donnerstag, 15. Oktober	" 8 "
Witten	Freitag, 16. Oktober	" 8 "
Witten	Sonntag, 17. Oktober	" 8 "
Witten	Sonntag, 18. Oktober	vorm. 11 Uhr
Witten	Sonntag, 18. Oktober	nachm. 4 Uhr

Ref.: Otto Hante, Berlin, Engelstr. 15, Zimmer 56.

Ruhrodt	Sonntag, 4. Oktober	vorm. 11 Uhr
Gomberg	Sonntag, 4. Oktober	nachm. 4 Uhr
Wülfrath	Montag, 5. Oktober	abends 8 Uhr
Oberhausen	Dienstag, 6. Oktober	" 8 "
Borbeck	Mittwoch, 7. Oktober	" 8 "
Kettwig	Donnerstag, 8. Oktober	" 8 "
Essen	Freitag, 9. Oktober	" 8 "
Altenessen	Sonntag, 10. Oktober	" 8 "
Rothausen	Sonntag, 11. Oktober	vorm. 11 Uhr
Geisenkirchen	Sonntag, 11. Oktober	nachm. 4 Uhr
Glabbek	Montag, 12. Oktober	abends 8 Uhr
Dattlingen	Dienstag, 13. Oktober	" 8 "
Sagen	Mittwoch, 14. Oktober	" 8 "
Gebelsberg	Donnerstag, 15. Oktober	" 8 "
Widenfeld	Freitag, 16. Oktober	" 8 "
Altena	Sonntag, 17. Oktober	" 8 "
Sohlentunburg	Sonntag, 18. Oktober	vorm. 11 Uhr
Sohlentunburg	Sonntag, 18. Oktober	nachm. 4 Uhr

Gau Dresden.

Referent: H. Vande, Rattow, Grünstr. 17, 1. Et.

Großenhain	Sonntag, 4. Oktober	nachm. 3 Uhr
Rosien	Montag, 5. Oktober	abends 6 Uhr
Reichen	Dienstag, 6. Oktober	" 6 "
Riesa	Mittwoch, 7. Oktober	" 6 "
Dresden	Donnerstag, 8. Oktober	" 6 "
Radeberg	Freitag, 9. Oktober	" 6 "
Mühl. Dohna	Sonntag, 10. Oktober	" 6 "
Schanda-Krippen	Sonntag, 11. Oktober	nachm. 3 Uhr
Birna	Montag, 12. Oktober	abends 7 Uhr
Sebnitz	Dienstag, 13. Oktober	" 6 "
Oberneutrich	Mittwoch, 14. Oktober	" 6 "
Boschappel	Donnerstag, 15. Oktober	" 6 "
Freiberg	Freitag, 16. Oktober	" 6 "
Dippoldiswalde	Sonntag, 17. Oktober	nachm. 5 Uhr
Großhärdsdorf	Sonntag, 18. Oktober	" 3 "

Gau Erfurt.

Referent: E. Ruth, Cöln, Severinstr. 199, 1. Et.

Altheim	Sonntag, 4. Oktober	nachm. 3 Uhr
Altheim	Montag, 5. Oktober	abends 6 Uhr
Belmar	Dienstag, 6. Oktober	" 6 "
Altenau	Mittwoch, 7. Oktober	" 6 "
Rudolstadt	Donnerstag, 8. Oktober	" 6 "
Gotha	Freitag, 9. Oktober	" 6 "
Rudolstadt	Sonntag, 10. Oktober	" 6 "
Altenau	Sonntag, 11. Oktober	nachm. 3 Uhr
Altenau	Montag, 12. Oktober	abends 8 Uhr
Altenau	Dienstag, 13. Oktober	" 7 "
Altenau	Mittwoch, 14. Oktober	" 6 "
Altenau	Donnerstag, 15. Oktober	" 6 "
Altenau	Freitag, 16. Oktober	" 6 "
Altenau	Sonntag, 17. Oktober	" 6 "
Altenau	Sonntag, 18. Oktober	nachm. 3 Uhr

Referent: H. Koch, Leipzig, Zeitzerstr. 32, 2. Et.

Frankenhäuser	Sonntag, 4. Oktober	nachm. 3 Uhr
Langensalza	Montag, 5. Oktober	abends 6 Uhr
Erfurt	Dienstag, 6. Oktober	" 8 "
Sonneberg	Mittwoch, 7. Oktober	" 6 "
Waltershausen	Donnerstag, 8. Oktober	" 6 "
Schlotheim	Freitag, 9. Oktober	" 8 "
Schlotheim	Sonntag, 10. Oktober	" 6 "
Schlotheim	Sonntag, 11. Oktober	nachm. 3 Uhr
Schlotheim	Montag, 12. Oktober	abends 8 Uhr
Schlotheim	Dienstag, 13. Oktober	" 6 "
Schlotheim	Mittwoch, 14. Oktober	" 6 "
Schlotheim	Donnerstag, 15. Oktober	" 6 "
Schlotheim	Freitag, 16. Oktober	" 6 "
Schlotheim	Sonntag, 17. Oktober	" 6 "
Schlotheim	Sonntag, 18. Oktober	nachm. 4 Uhr

Gau Frankfurt a. M.

Ref.: Joh. Mertel, Nürnberg, Galgenhofstr. 40, 2. Et.

Alsfeld	Sonntag, 4. Oktober	vorm. 11 Uhr
Groß-Zimmern	Sonntag, 4. Oktober	nachm. 4 Uhr
Darmstadt	Montag, 5. Oktober	abends 6 Uhr
Frankfurt a. M.	Dienstag, 6. Oktober	" 6 "
Offenbach	Mittwoch, 7. Oktober	" 6 "
Main	Donnerstag, 8. Oktober	nachm. 5 Uhr
Darmstadt	Freitag, 9. Oktober	abends 6 Uhr
Gießen	Sonntag, 10. Oktober	nachm. 5 Uhr
Weilburg-Oberlach	Sonntag, 11. Oktober	" 3 "
Kiedrich	Montag, 12. Oktober	abends 8 Uhr
Wiesbaden	Dienstag, 13. Oktober	" 6 "
Gießen	Mittwoch, 14. Oktober	" 6 "
Wiesbaden	Donnerstag, 15. Oktober	" 6 "
Wiesbaden	Freitag, 16. Oktober	" 6 "
Wiesbaden	Sonntag, 17. Oktober	" 6 "
Wiesbaden	Sonntag, 18. Oktober	nachm. 2 Uhr

Gau Götting.

Ref.: Richard Forter, Mannheim, F 4, Nr. 8/9, 2. Et.

Speyer	Sonntag, 4. Oktober	nachm. 3 Uhr
Sagan	Montag, 5. Oktober	abends 7 Uhr
Neufalz	Dienstag, 6. Oktober	" 6 "
Grünberg	Mittwoch, 7. Oktober	" 6 "
Glogau	Donnerstag, 8. Oktober	" 6 "
Leipzig	Freitag, 9. Oktober	" 6 "
Götting	Sonntag, 10. Oktober	" 6 "
Schmiedberg	Sonntag, 11. Oktober	nachm. 3 Uhr
Montag	Montag, 12. Oktober	abends 7 Uhr
Wangen	Dienstag, 13. Oktober	" 7 "
Götting	Mittwoch, 14. Oktober	" 8 "
Münster	Donnerstag, 15. Oktober	" 8 "
Sagan	Freitag, 16. Oktober	" 6 "
Wangen	Sonntag, 17. Oktober	nachm. 6 Uhr
Goldberg	Sonntag, 18. Oktober	" 3 "

Gau Hamburg.

Referent: H. Stolle, Stuttgart, Eßlingerstr. 19, 1. Et.

Darmstadt	Sonntag, 4. Oktober	nachm. 4 Uhr
Glückstadt	Montag, 5. Oktober	abends 8 Uhr
Glückstadt	Dienstag, 6. Oktober	" 8 "
Neumünster	Mittwoch, 7. Oktober	" 8 "
Neumünster	Donnerstag, 8. Oktober	" 8 "
Schleswig	Freitag, 9. Oktober	" 8 "
Sonderburg	Sonntag, 10. Oktober	" 8 "
Speyer	Sonntag, 11. Oktober	nachm. 4 Uhr
Hadersleben	Montag, 12. Oktober	abends 8 Uhr
Hadersleben	Dienstag, 13. Oktober	" 8 "
Hadersleben	Mittwoch, 14. Oktober	" 8 "
Hadersleben	Donnerstag, 15. Oktober	" 8 "
Hadersleben	Freitag, 16. Oktober	" 8 "
Hadersleben	Sonntag, 17. Oktober	" 8 "
Hadersleben	Sonntag, 18. Oktober	nachm. 3 Uhr

Referent: F. Kahl, Dortmund, Eßlingerstr. 32.

Lübeck	Sonntag, 4. Oktober	nachm. 2 1/2 Uhr
Lübeck	Montag, 5. Oktober	abends 8 Uhr
Lübeck	Dienstag, 6. Oktober	" 8 "
Lübeck	Mittwoch, 7. Oktober	" 8 "
Lübeck	Donnerstag, 8. Oktober	" 8 "
Lübeck	Freitag, 9. Oktober	" 8 "
Lübeck	Sonntag, 10. Oktober	" 8 "
Lübeck	Sonntag, 11. Oktober	nachm. 4 Uhr
Lübeck	Montag, 12. Oktober	abends 8 Uhr
Lübeck	Dienstag, 13. Oktober	" 8 "
Lübeck	Mittwoch, 14. Oktober	" 8 "
Lübeck	Donnerstag, 15. Oktober	" 8 "
Lübeck	Freitag, 16. Oktober	" 8 "
Lübeck	Sonntag, 17. Oktober	" 8 "
Lübeck	Sonntag, 18. Oktober	nachm. 3 1/2 Uhr

Gau Hannover.

Referent: Joh. Thabor, Grefeld, Wiedenhorfstr. 66.

Verford	Sonntag, 4. Oktober	vorm. 10 Uhr
Verford	Sonntag, 4. Oktober	nachm. 3 1/2 Uhr
Verford	Montag, 5. Oktober	abends 7 Uhr
Verford	Dienstag, 6. Oktober	" 7 "
Verford	Mittwoch, 7. Oktober	" 7 "
Verford	Donnerstag, 8. Oktober	" 7 "
Verford	Freitag, 9. Oktober	" 7 "
Verford	Sonntag, 10. Oktober	nachm. 5 Uhr
Verford	Sonntag, 11. Oktober	vorm. 10 1/2 Uhr
Verford	Sonntag, 11. Oktober	nachm. 3 1/2 Uhr
Verford	Montag, 12. Oktober	abends 6 1/2 Uhr
Verford	Dienstag, 13. Oktober	" 6 1/2 Uhr
Verford	Mittwoch, 14. Oktober	" 6 1/2 Uhr
Verford	Donnerstag, 15. Oktober	" 6 1/2 Uhr
Verford	Freitag, 16. Oktober	" 6 1/2 Uhr
Verford	Sonntag, 17. Oktober	" 6 1/2 Uhr
Verford	Sonntag, 18. Oktober	vorm. 10 1/2 Uhr
Verford	Sonntag, 18. Oktober	nachm. 3 1/2 Uhr

Referent: Wilh. Schulz, Posen, Galtborfstr. 19.

Leipzig	Sonntag, 4. Oktober	vorm. 10 Uhr
Leipzig	Sonntag, 4. Oktober	nachm. 3 1/2 Uhr
Leipzig	Montag, 5. Oktober	abends 8 Uhr
Leipzig	Dienstag, 6. Oktober	" 8 "
Leipzig	Mittwoch, 7. Oktober	" 8 "
Leipzig	Donnerstag, 8. Oktober	" 8 "
Leipzig	Freitag, 9. Oktober	" 8 "
Leipzig	Sonntag, 10. Oktober	" 8 "
Leipzig	Sonntag, 11. Oktober	vorm. 10 1/2 Uhr
Leipzig	Sonntag, 11. Oktober	nachm. 3 1/2 Uhr
Leipzig	Montag, 12. Oktober	abends 8 Uhr
Leipzig	Dienstag, 13. Oktober	" 8 "

Gau Leipzig.

Referent: Fr. Hartl, München, Palmstr. 12, 3. Et.

Leipzig	Sonntag, 4. Oktober	nachm. 3 1/2 Uhr
Leipzig	Montag, 5. Oktober	abends 7 1/2 Uhr
Leipzig	Dienstag, 6. Oktober	" 6 1/2 Uhr
Leipzig	Mittwoch, 7. Oktober	" 6 1/2 Uhr
Leipzig	Donnerstag, 8. Oktober	" 6 1/2 Uhr
Leipzig	Freitag, 9. Oktober	" 6 1/2 Uhr
Leipzig	Sonntag, 10. Oktober	" 6 1/2 Uhr
Leipzig	Sonntag, 11. Oktober	nachm. 3 1/2 Uhr
Leipzig	Montag, 12. Oktober	abends 8 1/2 Uhr
Leipzig	Dienstag, 13. Oktober	" 6 1/2 Uhr
Leipzig	Mittwoch, 14. Oktober	" 6 1/2 Uhr
Leipzig	Donnerstag, 15. Oktober	" 6 1/2 Uhr
Leipzig	Freitag, 16. Oktober	" 6 1/2 Uhr
Leipzig	Sonntag, 17. Oktober	" 6 1/2 Uhr
Leipzig	Sonntag, 18. Oktober	nachm. 3 1/2 Uhr

Ref.: Th. Bömelburg, Hamburg, Defensbinderhof 56.

Hamburg	Sonntag, 4. Oktober	nachm. 3 1/2 Uhr
Hamburg	Montag, 5. Oktober	abends 6 1/2 Uhr
Hamburg	Dienstag, 6. Oktober	" 6 1/2 Uhr
Hamburg	Mittwoch, 7. Oktober	" 6 1/2 Uhr
Hamburg	Donnerstag, 8. Oktober	" 6 1/2 Uhr
Hamburg	Freitag, 9. Oktober	" 6 1/2 Uhr
Hamburg	Sonntag, 10. Oktober	" 6 1/2 Uhr
Hamburg	Sonntag, 11. Oktober	nachm. 2 1/2 Uhr
Hamburg	Montag, 12. Oktober	abends 6 1/2 Uhr
Hamburg	Dienstag, 13. Oktober	" 6 1/2 Uhr
Hamburg	Mittwoch, 14. Oktober	" 6 1/2 Uhr
Hamburg	Donnerstag, 15. Oktober	" 6 1/2 Uhr
Hamburg	Freitag, 16. Oktober	" 6 1/2 Uhr
Hamburg	Sonntag, 17. Oktober	" 6 1/2 Uhr
Hamburg	Sonntag, 18. Oktober	nachm. 3 1/2 Uhr

Gau Lübeck.

Referent: C. Voigt, Stralsburg, Schlossergasse 21.

Lübeck	Sonntag, 4. Oktober	nachm. 3 1/2 Uhr
Lübeck	Montag, 5. Oktober	abends 8 1/2 Uhr
Lübeck	Dienstag, 6. Oktober	" 8 1/2 Uhr

frivole Vorgehen der Unternehmer, hauptsächlich über das Verhalten des Bauernmeisters Wilt. Steindorf an den Bauten der Lungenheilstätte Ostau bei Magdeburg und den Bauten auf dem Truppenübungsplatz Altengrabow. Es wurde festgestellt, daß die Kollegen von Wilt vollständig von der Überlandarbeit ausgeschlossen sind und dadurch arbeitslos werden, und daß der Unternehmer den Lohn, der durch Vertrag vom Jahre 1907 festgelegt ist, nicht zahlt. Es wurde vom Kollegen Goldgrube der Antrag gestellt, die Lohnkommission zu beauftragen, die Mängel und Unregelmäßigkeiten in den nächsten Tagen bei dem Arbeitgeberverband für den Kreis Jerichow I und II vorzubringen und auf Abhilfe zu dringen. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Offen-Vortrag. Sonntag, 6. September, tagte hier eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung, die von circa 250 Personen besucht war. Der Referent, Kollege Hiegnier, behandelte in seinem fast einstündigen Vortrage die Zustände auf den Bauten Wotrops und legte die Forderungen der Arbeitskraft auf dem Gebiete des Bauarbeiterlohnes dar. Durch Zahlenbeispiele wurde nachgewiesen, daß die Lohnnahmen zur Verhütung von Unfällen durch die Baugewerkschaften durchaus nicht genügen. Es sei außerordentlich notwendig, daß die Materie des Bauarbeiterlohnes reichsweit geregelt werde. Dieser sei es aber doch noch nicht gelungen, trotzdem von Seiten der Arbeitervertreter im Reichstage mit Nachdruck auf diese Notwendigkeit hingewiesen wurde. Auch eine von den interessierten Gewerkschaften im Jahre 1905 eingereichte Petition hat nach dieser Richtung keinen Erfolg gehabt. Die Mehrheit hat die Regelung dieser Materie immer den einzelnen Landesverbänden überlassen. Vom preussischen Landtag haben die Bauhandwerker in dieser Beziehung nichts zu erwarten. Preußen ist auch in dieser Frage hinterrückig; da die süddeutschen Staaten auch hierin schon weiter vorgeschritten sind. (Erfolg von Normalvorschriften und Anstellung von Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen.) Daß eine reichsweite Regelung möglich ist, hat ja das erstgenannte Rundschreiben vom 30. Juni 1908 an die Bundesregierungen erwiesen, in dem allgemeine Grundsätze über die Handhabung des Arbeiterlohnes auf den Bauten aufgestellt werden. Es ist aber auch ferner notwendig, daß sowohl in der Überwachung über die technische Ausführung der Bauten als in der Beachtung der polizeilichen Schutzvorschriften von Seiten der Behörde mehr getan werde. Da vorläufig an eine Regelung dieser Materie noch nicht zu denken ist, muß es Aufgabe der Arbeiterkraft sein, ihre Organisationen zu stärken, damit sie aus eigener Kraft an der Abänderung der Zustände arbeiten können. In gleichem Sinne äußerten sich die Diskussionsredner. Von dem Kollegen Krich wurde an der Hand von Zahlen nachgewiesen, daß sich die Unfälle im Baugewerbe von Jahr zu Jahr gesteigert haben und die Bauhandwerker deshalb alle Ursache haben, gegen die Zustände auf den Bauten Protest einzulegen. Von dem Kollegen Krich wurden in recht drastischer, aber durchaus wahrheitsgemäßer Weise die baubau- und wohnverhältnisse, die in seiner Weise den sanitären und sittlichen Anforderungen entsprechen, geschildert. Kollege Jendresen schloß seine eingehende und sachgemäße Rede mit der Feststellung der Arbeiter im Betonbaugewerbe und ging besonders auf die Ursachen des Einsturzes des Eisenbetonbaues von Brinmann ein. Er erklärte, daß man sich als Fachmann wundern müsse, daß nicht schon mehr solcher Bauten eingestürzt seien, denn die Ausführungen der Betonbauten geschehen in viel zu großer Hast. 13 und 14 Stunden würde den Tag über genützt und mit einem Mengenmaterial, vielfach aus dem Ausland, die praktische Kenntnis überhaupt nicht besitzen, sondern blindlings den Anweisungen folgen, die ihnen gegeben werden. Bei solcher Hast in der Bauausführung sei es erklärlich, daß fälschlich Konstruktionsfehler gemacht werden, die dann zum Einsturz führen müssen. Es befinden sich wohl Vorschriften über die Ausführung, doch die besten Vorrichtungen seien wertlos, wenn nicht eine ständige und sachgemäße Kontrolle geübt werde. Weiter appellierte zum Schluß an die Anwesenden, an der Organisation der Betonarbeiter selbst mitzuwirken. Nachdem noch eine Resolution beschloffen war, in der die Versammlung gegen die Mängel auf den Bauten in Wotrop protestiert und von der Gemeindeverwaltung eine bessere Durchführung des Bauarbeiterlohnes verlangt, sowie an den alten Forderungen der Arbeiterkraft: Regelung des Bauarbeiterlohnes durch Reichsgesetz und Anstellung von Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen, festhielt, wurde die schon verlaufene Versammlung geschlossen.

Leipzig. Kollege Wauersfeld sendet uns folgende Erklärung: In der am 8. September in Leipzig stattgefundenen Versammlung erklärte der Kollege Jakob bei seinen Ausführungen über die Verhandlungen des Verbandstages: Der Verbandstag hat einstimmig dem Vorstehen und der Redaktion Entlastung erteilt, somit haben auch die Leipziger Delegierten mit dafür gestimmt. Hierzu sei folgendes bemerkt: Als der Vorstehen, Kollege Silberstein, erklärte: „Ich konstatiere, daß der Verbandstag einstimmig“ usw., hatte ich die Absicht, dem Verbandstag mitzuteilen, daß ich mich bei der Abstimmung der Stimme enthalten hätte. Ich legte aber der Sache weiter keine große Bedeutung bei. Dies würde ich auch heute noch nicht tun, wenn nicht der Kollege Jakob versucht hätte, mit seiner Aussage die Leipziger Delegierten zu diskreditieren, und wenn ich darum nicht annehmen müßte, daß es Leute gibt, die beschuldigen werden, hieraus Material zu schlagen. Bei der Abstimmung über den Antrag 226 der Vorlage, der dem Hauptvorstand für sein eigenmächtiges Handeln bei der Lohnbewegung eine Mißbilligung auszusprechen beantragte, habe ich für den Antrag gestimmt und somit meine Meinung sowie die Meinung meiner Wähler zum Ausdruck gebracht. Dem Vortrage, dem Hauptvorstand Entlastung zu erteilen, konnte ich nicht zustimmen, da ich mit einzelnen Punkten der allgemeinen Tätigkeit des Vorstandes nicht einverstanden war, was ich auch bei der Diskussion ausgesprochen habe. Da mir aber die von mir kritisierten Punkte nicht schwer genug erschienen, dem Hauptvorstand durch die Abstimmung mein Mißtrauen auszudrücken, und da sich die Abstimmung auch zu gleicher Zeit über die Tätigkeit der Redaktion ergreift, glaubte ich mich der Stimme enthalten zu müssen.

Quebblinburg. In Quebblinburg ist durch Beendigung der Katernbauten große Arbeitslosigkeit eingetreten. Nahezu ein Sechstel der hier beschäftigten Kollegen ist arbeitslos. Reisende Kollegen mögen hiervon Notiz nehmen.

Bernigerode. In der am 12. September abgehaltenen Mitgliederversammlung erklärte Kollege Schradner zunächst die Lage auf dem Broden folgendermaßen: Er sei am 3. September aus Leipzig gerufen worden, und die Kollegen, die auf dem Broden arbeiten, hätten ihm gesagt, daß dort oben sehr schlechtes Wetter gewesen sei, es sei abwechselnd Schnee und Regen gefallen, so daß kein Mensch im Felde war, überhaupt auszugehen, geschweige denn zu arbeiten. Trotz alledem forcierte der Unternehmer Weber aus Jilburg, der die Arbeit dort oben übernommen hat, die Kollegen auf, am 10. Uhr zu arbeiten anfangen oder sofort die Ruhe zu verlassen. Nun hatte der Unternehmer aber mit den Leuten vereinbart, daß bei schlechtem Wetter, das den ganzen Tag anhielt, 10 Stunden bezahlt würden, würden aber einige Stunden gearbeitet, nur die Hälfte. Da bei einem derartigen schlechten Wetter, wie es am 3. September war, an arbeiten nicht zu denken war, so verließen die Kollegen den Broden. Der Vorstehen wurde nun beauftragt, gemeinschaftlich mit dem Bauleiter mit dem Unternehmer Rücksprache zu nehmen. Drei Kollegen hielten es nicht für nötig, sich ihren Kollegen anzuschließen, sondern sie waren schon wieder oben, und so verlief unsere ganze Sache. Kollege Schradner rügte das Verhalten und Vorstehen eines Kollegen gegenüber unserem Bauleiter und Vorstehen. Kollege Kriewitz kritisierte in sehr scharfer Weise die schlechten Schlafstellen bei Leberfelden; an Heizung und Licht werde überhaupt nicht gedacht. Er forderte die Kollegen auf, nicht nur an Lohnhöhe zu denken, sondern auch für Beseitigung dieser Mängel zu kämpfen, um über Geld auch menschlich leben zu können, was bisher nicht der Fall war. Hierauf erklärte Kollege Wierswald den Kassenbericht. Er führte an, daß Genosse Kratz den Gewerkegerichtsbeschäftigten, der in Stuttgart tagte, besucht habe. Weiter sprach Redner sein Bedauern aus über den schlechten Besuch der Versammlung, in der die Wahlen zum Gewerkeauschuss vorgenommen und wo Kollege Wilt, Hermann zum Vorgesetzten, Kriewitz und Genosse Oberdorfer zur Prüfungskommission und Schradner und Wierswald als Ausschussmitglieder gewählt wurden. Eine sehr lebhafte Debatte entspann sich über den Akkordsystem, das die Kollegen an der Schule angeführt haben. Der Vorstehen gab noch kund, daß unser früherer Geschäftsführer, jetziger Bauleiter J. Giesl, in nächster Zeit hier eine Versammlung abhalten werde.

Wiesbaden. Am 6. September hielten wir unsere regelmäßige Versammlung ab, die auf Wunsch der auswärtigen Kollegen am vormittags 11 Uhr anberaumt war. Leider waren trotzdem nur acht Mitglieder von 40 anwesend. Der Vorstehen, Kollege Vorhards, rügte das sehr. Von mehreren Kollegen wurde über die Unternehmung gesagt, die wenig auf eine zweckmäßige Verteilung der Baubauten und Aborte geben. Das ist eigentlich die Schuld der Streikbrecher; diese leisten den Unternehmern aus Furcht, entlassen zu werden, alle möglichen Riebsdienste und lassen sich auch alles gefallen. Wenn das besser werden soll, müssen die Kollegen mehr in die Versammlungen kommen. Die nächste findet am 4. Oktober, vormittags 11 Uhr, statt.

Isolierer und Steinhölzer. Leipzig. Am 6. August hielten die heiligen Isolierer ihre Generalversammlung ab. Zunächst gab der Kassierer den Kassenbericht, der für richtig befunden wurde. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Für die streitenden Geller Kollegen wurden in je zwei Raten K 300 abgehandelt. Unter „Gewerkschaftlichkeit“ sprach die Generalversammlung ihr Bedauern aus über die Handlungsweise der hannoverschen Kollegen, die sich von unserem Verband losgesagt haben. Unter Umgehung des Kongresses sowie Konferenzbeschlüssen, aber auch ohne jede Abrechnung und Regelung der Gelder mit der Geschäftsleitung, gehen selbst ihre eigenen Wege, statt sich mit den übrigen Zahlstellen immer enger zusammenzuschließen, um so dem Ansturm der Unternehmer vereint und gegenseitig entgegenzutreten. Hier gegen die Forderung, daß sie ihren überlieferten Schritt baldigst bereuen werden. Die Angelegenheit des Kollegen Hönemann hat sich durch die Nichtteilnahme im „Grundstein“ erledigt; nur rügte die Versammlung, daß die Nichtteilnahme nicht klipp und klar ausgedrückt war. Die Versammlung wünscht auch, daß die Verhandlungen betreffs Anschluß an der Mauerdecker resp. Selbständigkeit von der Geschäftsleitung etwas schneller abgeschlossen werden. Ferner wurde der Vorstehen beauftragt, den Anschluß an das Gewerkschaftsstatut zu beantragen. Ein Antrag, unsere Versammlungsberichte auch in der „Leipziger Volkszeitung“ zu veröffentlichen, wurde einstimmig angenommen, ebenso ein Antrag des Kollegen Krawitz, der lautet: „Kollegen, denen eine Arbeit im Ausland übertragen wird, sind verpflichtet, nach Annahme derselben sich sofort mit dem Vorstehen über die gegenseitigen Abmachungen in Verbindung zu setzen.“ Die Kollegen werden nochmals dringend ersucht, beim Wechsel ihrer Arbeitsstelle nach auswärts sofort ihre neue Adresse dem Vorstehen anzugeben; besonders legen wir dieses den Kollegen Ludwig und Emil Wulder aus Bismarck aus, da auch für sie unsere Versammlungsbeschlüsse gelten.

Zentralkrankenkasse. (Grundstein zur Einheit.)

In der Woche vom 6. bis 12. September sind folgende Beträge eingegangen: Von der dritten Verwaltung in Berlin K 1500, Hofen 500, Wittenberg 400, Potsdam 400, Cöpenick 500, Saarmund 250, Leipzig 200, Friedrichshagen 200, Berlin 1.6. Mart 200, Tempin 150, Groß-Neudorf 140, Reira 100, Giesl 100, Schmitz 100, Groß-Wodern 100, Langenfelde 100, Witten 40. Summa M. 4980.
Zuflüsse erhalten: Burg 5, Magdeburg M. 100, Wamms 50, Zella 50. Summa M. 200.
Altona, den 12. September 1908.
Karl Reif, Hauptkassierer; Wilmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen etc.
Kollegen! Unterlagt nie, von Unfällen, Vandalismen, überhaup von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten sogleich einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

3. Ehe o. c. Bei den neuen Ofenanlagen auf dem Seidenkamp ereignete sich am 8. September ein schwerer Unfall, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel. Am die aus- gebaggerten Schlammgruben zurückzuführen, hatte man sich ein Badgerstift hergestellt und hierüber die Unterlagsbölzer attigen Unternehmern, wurde die Brücke nicht von Fach- leuten hergestellt, denn das hätte viel Geld gekostet. Des- halb mußten sich die Arbeiter eine bezartige Brücke selber herrichten. Als man nun mit zwei vollen Körben über diese primitive Brücke fuhr, brach ein Überlagsholz des einen Bodes und die beiden Körper stürzten, den Arbeiter Boje unter sich begabend, in die Tiefe. Man war zwar gleich zur Hilfe bereit, jedoch zu spät, die Leiche hatte dem Arbeiter das Genick abgebrochen. Er hinterließ eine Frau mit 13 Kindern, wovon erst fünf die Schule verlassen haben. Diese Ofenanlage ist ein privates Unternehmen eines Konfunktions hiesiger Gelbente, die die Baugewerkschaften wieder an eine auswärtige Firma vergeben haben, und diese Firma versucht nun mit allen möglichen Mitteln, einen möglichst hohen Profit zu erzielen. Es hat hier an der genügenden Aufsicht gefehlt. Als das Unglück geschehen war, da war natürlich die Polizei zur Stelle; wäre vor- her kontrolliert worden, dann wäre dieser unglücklichen Familie jedenfalls ihre Ernährer erhalten worden.

Die Aufbaumarbeiten in Donaueschingen werden jetzt fleißig gefördert. Die für die schwer heim- gesuchten Einwohnereingeleitete Disfaktion hat ziemlich Summen ergeben, die eine sofortige Aufnahme der Arbeiten möglich machen. Aber was wir schon in Nr. 38 des „Grundstein“ vermuteten, ist richtig eingetroffen: Das ganze Arbeitsgebiet inmitten von Italienern, und deutsche Arbeiter werden abgewiesen. Ein bürgerliches Blatt, näm- lich das „Seidenberger Tagblatt“, brachte kürzlich die Zu- schrift eines Arbeiters, aus der dies klar hervorgeht. Der Mann schreibt:

„Ich bin Arbeiter und hier wohnhaft, bin aber schon fünf Wochen arbeitslos und habe auch Familie. Da ich hier schon eine große Anzahl Kontore und den Arbeitsnachweis öfter aufgesucht, aber nirgend Arbeit gefunden habe, nahm ich mein letztes Geld und fuhr nach Donaueschingen; ich glaube sicher, daß ich keine unnötige Fahrt machen würde. Ich traf dort zu gleicher Zeit mit noch anderen Arbeitslosen die von Freiburg herkamen, um Arbeit zu suchen, zusammen. Aber bei sämtlichen Bauunternehmern in Donaueschingen war leider keine Arbeit zu bekommen, weshalb ich wieder nach Hause zog. Bei der ganzen Aufbaumungs- arbeit hat nicht ein deutscher Arbeiter Be- schäftigung finden können, sondern nur italienische Arbeiter. Wenn ich aber die Sammel- liste der Spender für die Brandbeschädigten zur Hand nehme, finde ich gerade das Gegenteil, und zwar nur deutsche Spender und nicht einen Italiener. Ich glaube nicht, daß die Spender das Geld gespart haben für italienische Arbeits- kräfte. Auf die Überbauung der deutschen Arbeitsplätze mit Italienern ist in diesem Jahre zum großen Teil der Arbeitsmangel für deutsche Arbeiter zurückzuführen, und mancher Arbeiter geht umher und muß wissen, wie das von dem deutschen Volk aufgeopferte Geld nach Italien fließt. Ist das auch recht?“

Es handelt sich ja in diesem Falle vornehmlich um Privatbauten, so daß die Behörden vielleicht wenig Gelegen- heit haben, diesem Unflug zu steuern; aber das Hilfs- komitee — denn ein solches wird doch zweifellos die Sammel- gelder verwalten — sollte bei der Verteilung der Gelder unbedingt fordern, daß in erster Linie deutsche Arbeiter eingestellt werden, und von der Erfüllung dieser selbsther- ständlichen Forderung sollte es seine Hilfe abhängig machen. Die Arbeitslosigkeit ist im Baugewerbe Süddeutschlands un- geheuer groß, besonders in der Oberrheinregion und im mitt- lichen Baden, und die Bauarbeiter in jener Gegend haben ein gutes Recht auf Beschäftigung in Donaueschingen, denn die Kosten seines Wiederaufbaues werden doch zum guten Teile aus Mitteln bestritten, die die Gesamtheit der Steuer- zahler aufgebracht hat. Sieht das Hilfskomitee diese ein- fache Sache nicht ein, so müssen die Spender der Sammel- gelder, zu denen auch viele Gemeinden gehören, das Wort nehmen.

Ein bürgerliches Zeugnis für Arbeiterbaukontrol- leure. In der „Dresdener Morgenzeitung“ finden wir einen Artikel über das Baureisen, der folgende beachtliche Stelle enthält:

„Die bisherige Kontrolle auf den Bauten muß als zu geringfügig angesehen werden; diese Kontrolle beschränkt sich bisher in der Hauptsache darauf, daß der Bau so her- gestellt wird, wie er nach der Zeichnung beschaffen sein muß; irgend eine kleine Abweichung in den Maßen und gegen- über der gezeichneten Vorlage wird gewiß bemerkt, da- gegen kommt eine Prüfung des Baumaterials kaum in Be- tracht, und auch den Schutzvorschriften wird nicht die ge- nügende Aufmerksamkeit nicht wird die Bauarbeiter ver- zagen schon seit einigen Jahren, daß zur Überwachung der Bauten Kontrollen aus dem Arbeiterstande herangezogen werden, und eine solche Heranziehung der Arbeiter als Bau- kontrollen, wie sie in Süddeutschland schon durchgeführt ist, würde auch manche Besserung bringen. Nach mancher Richtung, hinsichtlich der praktischen Ausführung, können die Arbeiter sogar als kompetentere Beurteiler angesehen werden, als höhere vorgebildete Beamte, die aber von der praktischen Arbeit nicht viel verstehen.“

Das ist die alte Wahrheit, die von uns schon seit langen Jahren vertreten wird. Unschärfbar richtig ist es, daß der praktisch gebildete Arbeiter einen weit klareren Blick für die aus mangelhafter oder falsch gebauten Gerüsten ent- stehenden Gefahren besitzt. Das theoretische Wissen in allen Ehren, wir sind sicher die letzten, die seine Be- deutung im Baureisen verkleinern; aber in der Bauaus-

führung darf auch die praktische Erfahrung ihr Wort reden. Der Bildungsgang unserer Techniker und Architekten ist nun einmal so, daß sie vom Gerüstbau nicht mehr als Leuchttürme kennen. Einem bequemen und sicheren Weitergang zu stellen, ein Gerüst der zu erwartenden Belastung anpassen, ein zuverlässiges Urteil über die Tragfähigkeit des Holzes zu fällen, das sind eben Dinge, die der geübte Bauarbeiter stets besser verstehen wird als der Techniker und Architekt. Und ebenso verhält es sich mit der Beurteilung des Materials. Der Arbeiter, der ständig mit dem Mörtel und mit den Steinen umgeht, lernt ihre Eigenschaften viel besser und schneller beurteilen, als der Theoretiker, der sie nur nach dem Soll der chemischen Analyse kennt. Wenn sich die Unternehmer dagegen sträuben, so mögen sie wohl in einem — unberechtigten — Interesse handeln; auf richtig aber handeln sie nicht.

*** Laßt uns Schweinefäße bauen!** Ueber das „Lugubere“ Bauen von Arbeiterwohnungen entzündet sich in der konservativen „Dresdener Zeitung“ ein adeliger Herr. Er ermahnt darüber der Staatsregierung, den königlichen Domänen, den Besitzverwaltungen und den Forsten Vorhalte, und meint, der Staat und sonst mit reichen Mitteln arbeitende Gutsbesitzer sollten mit den Landwirten nicht in der Weise konkurrieren, daß sie durch Ueberbeanspruchung der Forderungen ein Nachgeben für den Privatmann einfach verhindern. Es sei nicht richtig, daß die Stuben gefüllten Fußböden erhielten, es sei nicht nötig, daß Wasserleitungen für Infrakürieren eingerichtet werden. Es sei weder sozial noch volkswirtschaftlich richtig, die Ansprüche der Arbeiter immer höher zu schrauben und es so den Landwirten unmöglich und sie schließlich unzufrieden dazu zu machen, überhaupt noch auf weitere Fortschritte in den äußeren Lebensbedingungen ihrer Leute hinzuwirken. Unsere oft über sozial denkende Zeit sei in jeder, auch der ungetrübten Förderung der arbeitenden Klassen einen Kulturfortschritt. Die vielen alten Fehler, die auf diesem Gebiete gemacht seien, sollen aber der neuen waren: „Die alles beherrschende Gerechtigkeit, mit der man nun Sünden der Vergangenheit gut zu machen sucht, und die Ueberbeanspruchung der sogenannten sozialen Forderungen, die unfehlbar zu weiterer Verwirrung der sozialen Begriffe führen muß. Daher zurück zur Einfachheit!“

Für diesen Vorwurf sind die Arbeiter noch immer lebendes Inventar, wie die Pferde, Ochsen, Schweine und ähnliche Haus- und Hofgenossen. Wie diesen mag ihnen ein getrimmter Reithoden genügen, oder, wenn man ein überiges tun will, ein derbes Steinfußstiefel! Der Mann, der das geschrieen hat, ist der Typ einer Klasse, der erst das Ridgurat bekommen werden muß, wenn Preußen-Deutschland der wahren Kultur erobert werden soll.

*** Submissionswesen.** In Breslau waren am 2. September die Erd- und Betonarbeiten zu einer neuen Feuerwache zu vergeben, worauf folgende Gebote eingingen: Schleißel Betonarbeiten-Gesellschaft M. 28.635,80, Simon-Gesellschaft M. 24.772,65, Grabower M. 25.037, Drus & Co. M. 20.808,40, C. Brandt M. 19.612,39, Mautenburg & Co. M. 18.639,50, Just M. 18.205,75, Baum M. 12.590, Simon & Halpapp M. 11.850,70, Th. Noke M. 10.775,20, Wegner M. 10.681,20, C. S. Jerische M. 10.229,85, Zolot-Gesellschaft M. 9.192,21, Gerwalt M. 7848,70, D. Haake M. 7570,50, Dreher M. 6277,59. Also: wofür die Schleißel Beton-Gesellschaft M. 28.635,80 verlangt, das will Herr Dreher für den sechsten Teil des Betrages machen! Wer zahlt da eigentlich die Differenz? Jedenfalls wird infolge dieser wahnsinnigen Unterbietungen und weil manche Gebote doch allzufern nach Schmutzkonfurrenz riechen, eine Neuausschreibung vorgenommen werden.

*** Der Verband deutscher Architekten- und Ingenieurvereine** hielt in Danzig seine 37. Delegiertenversammlung ab. Zunächst wurde die Frage künstlerischer Ausgestaltung privater Bauten in Stadt und Land erörtert. Gleichwohl damit wurde die zweite Verbandsaufgabe, die Uebereinstimmung bei Ingenieurbauten verhandelt. Auf eine Umfrage, in welcher Weise auf die künstlerische Ausgestaltung privater Bauten in Stadt und Land Einfluß gewonnen werden könne, sind 37 Antworten eingegangen. In der vom Oberbaurat Karl Schmidt-Dresden bearbeiteten Denkschrift wird hervorgehoben, daß mit jener Einmütigkeit anerkannt werde, daß zur Erhaltung der Eigenart und Schönheit unserer deutschen Städte, Dörfer und Landschaftsbilder aus baulichen Gebieten mehr geschehen müsse und könne als bisher. Aber sehr verschieden sind die Vorschläge über die Durchführung. Bei den gesetzlichen Bestimmungen besteht immer die Schwierigkeit der Beurteilung der in Frage stehenden ästhetischen Werte. Und die Unmöglichkeit einer einwandfreien Klarstellung des Begriffes der „groben Verunstaltung“, „gräßlichen Verlegung“ oder „offensbaren Anstoß“ hat denn auch den Wunsch hervorgerufen, lassen, in den Besitz übertragener Unterlagen für die Anwendung von Zwangsmaßnahmen in den Fällen zu gelangen, in denen eine glückliche Einwirkung auf den Grundstückseigentümer den veranfaßten Bau nicht zu verhindern vermag. So hoffen die meisten Vereine eine wesentliche Besserung in der künstlerischen Beeinflussung der privaten Baulitigkeit bei Annahme gesetzlicher Vorschriften, wie sie in Bayern, Preußen, Hessen bestehen und in Sachsen in Beratung sind.

Die Förderung der Reform der Ausbildung der Architekten und der Bautechniker nimmt den breitesten Raum der von den Vereinen ergehenden Klage ein. Sie steht neben der Forderung zur Verbesserung der Vorbedingungen zur Entstehung guter Bauten, das heißt Schaffung guter Bauordnungen und Bauvorschriften an der Spitze aller zu empfehlenden Mittel. Den Prüfungen und Stipendien das Sandwerk zu legen und die Beratung der Berufstätigen zur Lösung aller Bauaufgaben zu fördern, müsse nach den Darlegungen des Architekten Vereins Aufgabe des Verbandes sein.

Es ergibt sich ferner die Notwendigkeit einer allgemeinen Auffassung der Bedeutung der Baukunst als einer der wichtigsten, erzieherischen und künstlerischen Werte aller Bauentwürfe sowie jünger, eigenartiger Kulturbilder mit der Anregung zur Aufnahme, Pflege, Erhaltung und Vermehrung vorbildlicher alter Bauanlagen und Belehrung über die ästhetischen, bautechnischen und wirtschaftlichen

Vorgänge der nach heimatischen Anschauungen geplanten Bauten gegenüber schematischen und landfremden Ausführungen.

Die Forderungen werden in folgenden Punkten formuliert:

1. Einwirkung auf die Ausbildung der Schüler der technischen und gewerblichen Lehranstalten, Einstellung nur tüchtiger, in schlichter Fertigung durchaus erfahrener Lehrer, Sammlung, Veröffentlichung und Verbreitung empfehlenswerter Beispiele in Entwürfen und Modellen.
2. Abhaltung von Meisterkursen für die Baugewerksmeister auf dem Lande und den kleinen Städten sowie von belehrenden Vorträgen insbesondere für die den Baupolizeibehörden beigeordneten Bauaufsichtenden der mittleren und kleinen Städte sowie der Landbezirke unter eventueller Gewährung staatlicher Unterstützung für die Reisen.
3. Einwirkung auf die Gestaltung der Bauordnung und Bauvorschriften und Richtlinienpläne im Sinne künstlerischer deutsch-eigenartiger Anschauungen.
4. Beeinflussung der Gemeinden und der Planung ihrer eigenen Anlagen, insbesondere bei Schulen, Parks und Gemeindeflächen, Ausstattungen und Denkmälern.
5. Herbeiführung neuer, den zeitgemäßen Anschauungen entsprechender Orts- und Landesbauvorschriften, sowie Erlass gesetzlicher Bestimmungen gegen die Verunstaltung von Ortskernen im Sinne der bestehenden Vorschriften in Preußen, Bayern und Hessen.
6. Beordnung geeigneter Sachverständiger oder Sachverständigenkommissionen zur Beratung der Baupolizeibehörden.
7. Abhaltung der Stadt- und Gemeindeverwaltungen zur Befolgung einer vernünftigen Bodenpolitik.
8. Bereitstellung von Staatsmitteln zur Begründung öffentlicher Beratungsstellen für Aufwachen und Umänderung der Baupolizeibehörden.
9. Anregung zum Wettbewerb in der Errichtung antiker, in das Ortsbild passender Bauten durch Gewährung von Zuschüssen zu den Baukosten aus öffentlichen Mitteln oder Stipendien und endlich 10. Inventarisierung altertümlicher und vorbildlicher Bauten in Stadt und Land.

*** Die häßlichen Zementplattenhäuser.** Die Verunstaltung in Städten und Ortskernen durch Einbindung von Dächern mit Zementplatten bildet den Gegenstand eines Wunderlaufes des preussischen Ministers der öffentlichen Arbeiten an die Regierungspräsidenten. Angefaßt der hauptsächlich auf dem Lande überhandnehmenden häßlichen Dachbindungen weist der Erlass auf den § 1 des Gesetzes gegen die Verunstaltung von Ortskernen vom 15. Juli v. J. hin, der eine geeignete Handhabung, um Bauaufsichtungen zu verhüten, die die Straßen der Ortskerne und das Ortsbild geblüht verunstalten. Hierher gehören vor allem die Figuren, Jahreszahlen und Buchstaben großen Maßstabes, die in schiebenden Farben die Zementplattenhäuser zellarmartig verzieren. Es wird empfohlen, auf Grund des genannten Gesetzes die Ortspolizeibehörde mit entsprechenden Anweisungen zu versehen und die Frage der Dachbindung bereits bei der Erteilung der Baulaubnis zu prüfen. Es ist nur schade, daß man nicht schon früher auf diese häßlichen Bauweisen aufmerksam geworden ist, denn in mancher Stadt proben diese Schandflecken schon. Inwiefern, was kann ein solches Vorgehen der Behörden der Stadarchitektur nützen? Den Zementplatten geht man zu Reibe, und andererseits nimmt man es ruhig hin, daß man mit einer ebenso unästhetischen Mode, wie es der Ausputz geschmackloser Häuser mit Türmen und Türmchen ist, den guten Geschmack beleidigt.

Die Norddeutsche Baugewerks-Berufsgenossenschaft und der Bauarbeiterschutz.

Aus Anlaß der unlängst in Rostock abgehaltenen Generalversammlung dieser Berufsgenossenschaft brachte der „Vorwärts“ folgenden Artikel aus der Feder eines tüchtigen Mitarbeiters: Diese Berufsgenossenschaft hat unter anderem auch die „neuen“ Unfallverhütungsvorschriften zu begutachten. (Nr. 57 der „Baugewerks-Zeitung“ 08.) Der Vorsitzende, Herr Felsch, teilte mit, daß der Entwurf vom Reichsversicherungsamt bereits geprüft, vom Genossenschaftsvorstand mit den Arbeitervertretern beraten und auch von den Sektionsvorständen begutachtet sei. Es handle sich nur noch um die Beratung einiger wichtiger Bestimmungen. Die Arbeitervertreter hätten zu dem Entwurf der Unfallverhütungsvorschriften eine Reihe Änderungsvorschläge gemacht, welche zweifellos geeignet sind, die Unfallgefahren ganz erheblich zu vermindern. Bei der gemeinsamen Beratung wurde teils noch eine Ueberprüfung erzielt, indes im wesentlichen wurden die Verbesserungsvorschläge der Arbeiter abgelehnt.

In zwei wichtigen Fragen, welche für die Arbeiter von eminentem Interesse sind, wurde eine Kommission aus Arbeitgeber und Arbeitnehmern zur Beratung der Angelegenheit gewählt. Zur Frage des „Ueberdachmauerns“ halten die Arbeitervertreter folgenden Antrag eingereicht:

„Wenn keine äußeren Gerüste zur Anwendung kommen (beim sogenannten Ueberdachmauern), so muß an der Außenwand in der ganzen Länge der Mauer ein Fanggerüst angebracht sein. Dieses Fanggerüst muß auf sicheren Auslegern in einer Breite von 2 m. mit Gerüstkretern dicht abgedeckt sein und außerdem eine gut befestigte Vorwand haben, welche nach innen hin abfällt und mindestens eine Höhe von 60 cm erreicht. Dieses Fanggerüst muß für jedes Stockwerk hergestellt werden; der Abstand von einem Gerüst zum anderen soll in der Regel 4,50 m nicht übersteigen und darf die Abdeckung des unteren Gerüsts nicht entfernen werden, bevor das nachfolgende Gerüst fertiggestellt ist.“

Zur Frage „Dacharbeiten“ lautet der Antrag der Arbeitervertreter:

„Bei Arbeiten an und auf Dächern muß das vorhandene Baugerüst und zwar dicht unter dem Hauptgesims in einer Breite von 1,50 m mit Brettern dicht schließend abgedeckt und an der Außenwand mit einer 1 m hohen Brüstung versehen sein oder es müssen Fanggerüste, welche so stark sind, daß ein Durchschlagen derselben beim Aufstellen von Menschen oder schweren Gegenständen bewirkt wird, angebracht werden; ebenfalls muß bei Arbeiten auf Oberböden unter denselben Fanggerüste angebracht sein. Bei Dächern müssen die darauf beschäftigten Arbeiter also

stets durch ein an einem Seilbort befestigtes Seil oder Tau, welches stets zur Stelle sein muß, vor dem Absturz gesichert sein.“

Der Antrag 1 wird von den Arbeitgebern mit der nachfolgenden Motivierung „Fanggerüste seien überflüssig, auch würde das Bauen erschwert und dadurch ohne Not, in ohne Grund, erheblich verteuert“ abgelehnt. Demgegenüber hält man die Ausführungen des Reichsversicherungsamts, Geheimen Regierungsrats B. Derselbe sagt:

„Es sei Aufgabe des Reichsversicherungsamts, für alle notwendigen Schutzvorrichtungen einzutreten, auf den Kostenpunkt könne es dabei nicht ankommen; er halte die beantragten Fanggerüste durchaus nicht für unnütz (vom Schreiber unterstrichen), sondern für zweckmäßig und notwendig. Daß diese seine Ansicht von Sachmännern geteilt werde, geht daraus hervor, daß verschiedene andere Berufsgenossenschaften die Fanggerüste ebenfalls vorgeschrieben hätten.“

Der Herr Geheimen Regierungsrat B. machte, um eine Verständigung herbeizuführen, einen Vermittlungsvorschlag; die Arbeitervertreter zogen darauf ihren Antrag zu Gunsten des Vermittlungsvorschlages zurück und stimmten für den geheimständlichen Antrag; die Arbeitgeber stimmten indes auch gegen diesen Vermittlungsantrag. Der zweite Antrag der Arbeitervertreter wurde ebenfalls abgelehnt. Den zu diesem Antrag von dem Herrn Geheimrat B. gemachten Abänderungen konnten die Arbeitervertreter nicht zustimmen.

Ueber die gesamten Unfallverhütungsvorschriften hatte nun die Genossenschaftsversammlung zu entscheiden. Auch diese erleuchtete Versammlung lehnte den ersten Antrag der Arbeitervertreter einstimmig ab. Durch die „Herstellung der Fanggerüste würde ohne Not eine neue Unfallgefahr geschaffen, ohne daß sich die Gefahr der Mauer selbst dadurch verringere“. Ebenso wenig Verständnis zeigte die Genossenschaftsversammlung für die Forderung der Arbeitervertreter bezüglich der offen brennenden Arbeitsfläche. Die Arbeiter hatten völliges Verbot der offen brennenden Arbeitsfläche verlangt. Inwiefern, auch für die Befestigung dieser, die Gesundheit der Arbeiter in hohem Maße gefährdenden Einrichtung konnte sich die Genossenschaftsversammlung nicht entschließen. Die Abänderung der Vorschrift: „Daß solche Räume, in denen brennende Arbeitsfläche aufgestellt sind, gehörig ventiliert und gegen benachbarte Räume dicht abgeschlossen werden müssen“, hat gegenüber der jetzigen Bestimmung für die Arbeiter nicht den geringsten praktischen Wert.

Die Versammlung autorisierte schließlich den Genossenschaftsvorstand, etwaige redaktionelle und sachliche Änderungen, die auf Veranlassung des Reichsversicherungsamts in dem bei diesem stehenden Gesetzbuchverfassen notwendig werden sollten, vorzunehmen.

Die Genossenschaftsversammlung hat indessen für die baugewerblichen Arbeiter noch eine weitere Bedeutung. Die Baupolizeien der baugewerblichen Arbeiter zum Schutz des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter ist die Ueberwachung der Betriebe bezüglich der Aus- und Durchführung der Schutzbestimmungen, soweit dieselben in „Ministerialverfügungen“ bzw. „Polizeibestimmungen“ und Unfallverhütungsvorschriften enthalten sind. Zu diesem Zwecke beklagen die baugewerblichen Arbeiter Anstellung von Baupolizeikontrollanten aus den Arbeiterkreisen und Schaffung einer Baugewerkeinspektion. In wiederholten Eingaben bzw. Petitionen an die Regierung, an den Bundesrat und an die Arbeiter eingeleitet, die zwingende Notwendigkeit dieser Forderung nachgewiesen. Die süddeutschen Staaten sind dieser Frage mehr oder weniger näher getreten. Die Stadt München hat sogar Baupolizeikontrollanten, aus den Arbeiterkreisen entnommen, angestellt. In Preußen ist in dieser Hinsicht, obwohl hier allein 800.000 baugewerbliche Arbeiter in Frage kommen, nichts geschehen. Hier hängt alles von den Berufsgenossenschaften ab. In einem Rundschreiben des Reichsversicherungsamts vom 31. Januar 1907 waren auf die Baugewerks-Berufsgenossenschaften auf die Baupolizeikontrolle und eine intensiver Ueberwachung der Unfallverhütungsvorschriften hingewiesen.

Sofort trafen die Akteure der Unternehmer auf den Plan. In einem Zirkular weist — namens des Verbandes der deutschen Baugewerks-Berufsgenossenschaften — Herr Felsch die Wortführer der Presse, die nur aus Unkenntnis der Dinge erobert seien, zurück. Wir können es uns erlauben, auf dieses Schreiben näher einzugehen. Inwiefern den Schlußfolg glauben wir doch der Öffentlichkeit nicht vorenthalten zu sollen. Herr Felsch schreibt:

Der hauptsächlichste Grund, warum die Baugewerks-Berufsgenossenschaften Arbeiter als Baupolizeikontrollanten nicht wollen, besteht darin, daß sie von der Uebertragung der Baupolizeikontrolle oder eines Teiles derselben an die Arbeiter mit Recht eine Beeinträchtigung des Arbeiterkampfes, für welchen sie bisher soviel getan (?) haben, befürchten. Bauaufsicht ohne hinreichende technische Vorbildung, welche lediglich die praktische Erfahrung des Arbeiters bezeugt, würden nicht in der Lage sein, eine einigermaßen zureichende Kontrolle auszuüben“, sagte mit Recht ein Bundesratsvertreter in der XI. Kommission des Reichstags im Jahre 1906.

Es wäre auch an sich widersinnig, Meister durch Poliere, Geiseln oder Arbeiter kontrollieren zu lassen.

Es ist also unnötig, den „Meister“ von Polieren, Geiseln oder Arbeitern beauftragen zu lassen. Es ist inwiefern nicht „unnötig“, den Polier und, strafrechtlich für alles haftbar zu machen, d. h. demselben die gesamte Verantwortung aufzuladen. Wir müssen jetzt darauf bestehen, daß nur wirklich praktisch gefühlte Leute mit reicher Erfahrung in der Lage sind, eine durchaus zureichende Kontrolle der Bauten auszuüben. Der Bundesratsvertreter, der das Gegenteil behauptet, hat offenbar keine Ahnung vom Baugewerbe. Inwiefern Herr Felsch dient er als Kronzeuge und das genügt, wenn es gilt, die Behörden gegen die Arbeiter schwer zu machen oder zu heken. Es dürfte indes nicht uninteressant sein, die Männer der praktischen Arbeit (die Poliere), die den Arbeitern aus Hochmütigkeit teilweise feindselig gegenüberstehen, selbst zu hören.

In Nr. 25 (1907) des Organs des Herrn Polier oder „Meister“ eine derbe Wut zu teil werden. Es heißt in demselben:

Wenn die Regierung die Baukontrolle durch Bauverpölierte ausüben lassen will (?), so ist das ein Zeichen, daß sie von dem allein richtigen Standpunkt ausgeht, daß nur praktisch vorgebildete Leute eine wirksame Baukontrolle ausüben können und nicht Leute, die einen Bau und dessen praktische Bedürfnisse eines in der Ausführung bedingten Baues aber lange nicht die Kenntnisse besitzen, die ein Kolier in der Praxis besitzt. Von einem tüchtigen Kolier wird jetzt schon verlangt und ist zu verlangen, daß er sämtliche Arbeiten des Baues aus eigener Erfahrung kennen muß und selbstständig auch die Sicherheitsmaßregeln, die bei der Ausführung dieser Arbeiten notwendig sind.

Meistens 90 pSt. der Meister verlangen von dem Kolier, daß sie die Verantwortung für alles, was auf dem Bau passiert, übernehmen und einen diesbezüglichen in verschiedenen Prozessen, daß der Kolier als der für alles Verantwortliche betrachtet und dementsprechend bestraft wurde. Techniker und überhaupt fast alle theoretisch gebildeten Leute wägen in den meisten Fällen und teilweise mit Recht die Schuld auf den Kolier, unter dem Hinweis, daß sie nur theoretisch und nicht praktisch gebildet sind.

Diese Abfuhr dürfte der Hochmütigkeit der Herren „Meister“ wohl einen kleinen Dämpfer aufsetzen. Herr „Felsch“ hatte durch seinen kleinen „der Steuer der Wahrheit“ dienendes „Zirkular“ auch die Genossenschaftsversammlung 1907 mobil gemacht; dieselbe protestierte gegen die Arbeiterforderung der Genossenschaft von Kolieren und Gesellen zur Baukontrolle. Dieser Protest der Unternehmer, so berichtet Herr „Felsch“ auf der heutigen Genossenschaftsversammlung, sei dem Reichsamt des Innern, dem Reichsversicherungsamt und den preussischen Ministerien zugegangen. Herr „Felsch“ berichtet weiter: Im August 1907 habe im Reichsversicherungsamt eine Konferenz stattgefunden, in welcher die Zustimmung gegeben sei, daß man von der Heranziehung von Bauarbeitern zur Überwachung der Betriebe absehen solle, wenn die Zahl der Aufsichtsberechtigten entsprechend vermindert werde. Dies sei geschehen; die Berufsangehörigen der Bauarbeit zur Zeit 24 technische Aufsichtsberechtigten, es sind im Jahre 1907 95 pSt. alle Betriebe revidiert worden. Damit der guten Baukontrolle ist in den Unfällen ein Rückgang von 1640 eingetreten, es sind nur 11 066 gegen 12 708 Unfälle im Jahre 1906 zur Anmeldung gelangt.

Somit Herr „Felsch“. Ehe wir uns mit seinen Hauptpunkten beschäftigen, müssen einige Worte zu der im Reichsversicherungsamt stattgefundenen Konferenz gesagt werden. Noch im Juli 1907 schien man im Reichsversicherungsamt geneigt, den Berufsangehörigen die Unterstellung von Kolieren als technische Aufsichtsberechtigten und deren Befugnisse zu erweitern, zu empfehlen. So wenig diese Maßnahme dem Willen der Arbeiter entspricht, inwiefern dadurch an dem bestehenden System nichts geändert wäre, ist das Verhalten des Reichsversicherungsamtes als „oberste Aufsichtsinstanz“ doch fragwürdig.

Es findet eine Konferenz auf Veranlassung eben dieser „obersten Aufsichtsinstanz“ statt. Zu dieser Konferenz ist der in der interessierten Zeit — die Vertreter der Arbeiter — nicht hingezogen. Man erteilt ohne weiteres die „Zustimmung“ von der Heranziehung der Kolieren und Gesellen zur Überwachung der Betriebe abgesehen, wenn die Zahl der technischen Aufsichtsberechtigten vermindert werde. Die Nordöstliche Baugewerkschafts-Verbandsorganisation befähigt zur Zeit 24 technische Aufsichtsberechtigten, d. h. sie hat dem Wunsch des Reichsversicherungsamtes Rechnung getragen und eine Vermehrung des technischen Aufsichtspersonals um — drei Beamte vorgenommen. Das heißt, die Nordöstliche Baugewerkschafts-Verbandsorganisation mit ihren 23 683 Betrieben und — rund gerechnet — 228 800 befähigten Arbeitern hat ganze 24 technische Aufsichtsberechtigten angestellt. Wie es unter solchen Umständen mit der Überwachung der Betriebe bestellt ist, darüber brauchen wir kein Wort weiter zu sagen. Sie ist unzulänglich und kann nur unzulänglich sein, da wir es im Baugewerbe nicht nur mit Betrieben, sondern mit Arbeiterstellen zu tun haben. Jede Arbeiterstelle für sich bildet einen Teil des Betriebes. Rechnen wir nun jeden Betrieb mit durchschnittlich zwei Arbeiterstellen — was noch entschieden zu niedrig ist — dann trifft die Unzulänglichkeit der Überwachung und der Kontrolle im größten Maße in die Erscheinung.

Herr „Felsch“ versteht es indes vorzüglich, nicht nur der erleuchteten Genossenschaftsversammlung, sondern auch der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Der Rückgang in den Unfällen ist, „denn der guten Baukontrolle eingetreten“. O, nein, Herr „Felsch“! Der Rückgang der Unfälle, so erfreulich diese Tatsache an sich ist, liegt in den wirtschaftlichen Verhältnissen und der damit verminderten Bautätigkeit. Nach dem Bericht der Sektion I der Nordöstlichen Baugewerkschafts-Verbandsorganisation wurden im Jahre 1907 befähigt 90 966 Arbeiter gegen 116 655 im Jahre 1906. Demnach wurden im Jahre 1907 allein bei der Sektion I rund mit vollem Recht befähigten, in dem Rückgang der Arbeiterzahl ist auch die Ursache des Rückganges der Unfälle zu suchen. Die Annahme ist um so mehr berechtigt, wenn man zum Beispiel das Jahr 1904 heranzieht. In diesem Jahre wurden 100 198 Arbeiter befähigt; gemeldet wurden 6768, entfiel 198 Arbeiter befähigt; 64 Todesfälle. Im Jahre 1907 wurden gemeldet 6162, entfiel 681 Unfälle, darunter 65 Todesfälle. Danach ist die Zahl der schweren Unfälle höher, wenn auch nur gering — gestiegen. So steht es mit der „guten Baukontrolle“ aus.

Diese Tatsachen und die in letzter Zeit sich in erschreckender Weise mehrenden Häuserstürze und schweren Baumfälle beweisen die Unzulänglichkeit der Überwachung der Bauten durch die technischen Aufsichtsberechtigten; teilweise indes auch deren Unfähigkeit. Auch hierfür sind von den baugewerblichen Arbeiterorganisationen Beweise erbracht. Den Berufsangehörigen kann und darf die Befähigung und die Kontrolle der Unfallversicherung und der Bauten nicht allein überlassen werden. Die Berufsangehörigen werden ausschließlich von den Unternehmern ver-

waltet. Sie sind in der Frage Partei, inwiefern die Berufsangehörigen die Organisation ihrer Kind, gegen die sich die Ministerialbefugnisse und Polizeiverordnungen richten. Daher ist es erklärlich, wenn die Berufsangehörigen keine Maßnahmen ergreifen, die die Unternehmung in das „eigene Fleisch“ schneiden.

Aus dieser Erkenntnis und weil die baugewerblichen Arbeiter in diesem Ringen um Schutz für ihr Leben und um die Befähigung zu veranlassen, ihren Forderungen Rechnung zu tragen. Wir wissen sehr wohl, daß die Tätigkeit der Baukontrolleure nur begrenzt sein kann. Die Tätigkeit der von den Arbeitern geforderten Kontrolleure kann nur darin bestehen, daß sie den höheren technischen Beamten der Baugewerbeinspektion unterstellt sind, die Bauten in betreff der Durchführung der Berufsangehörigen und der Unfallversicherungsbestimmungen und des Gesundheitszustandes beaufsichtigen und dementsprechende Befugnisse haben.

Indessen wird diesen Kontrolleuren das Recht zugestanden werden müssen, gefahrrohende Vorgänge und Zustände beim Bau eventuell dadurch zu inhibieren, daß sie zur Wehrung begn. bis zum Eintreffen des höheren technischen Beamten der weitere Fortgang der einzelnen Arbeiten oder des Baues überhaupt sofort verboten werden kann.

Das ist der springende Punkt in der Frage des Baugewerkschutzes. Die höchsten Unfallversicherungsbestimmungen haben für die Arbeiter keinen Wert. Sie sind bedeutungslos ohne die nötige Unternehmung. Die Vorschriften und die gesetzlichen Bestimmungen erhalten erst Leben und haben praktischen Nutzen für die Arbeiter, wenn die baugewerblichen Arbeiter — da sie nun einmal Objekt in dieser Frage sind — selbst mitwirken.

Der gesunde Menschenverstand und die Logik sprechen dafür. Und die Durchführbarkeit wird durch die Mindernden Baukontrolleure bewiesen. Will die Nordöstliche Baugewerkschafts-Verbandsorganisation diesem Recht der Arbeiter nicht freiwillig Folge leisten, dann — dessen mag sie sicher sein — werden sich die baugewerblichen Arbeiterorganisationen, trotz der Gehe und der Verdächtigungen der Unternehmern, mit Ruhe und gestützt auf ihre Kraft, dieses Recht erzwingen!

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

Die Forderung der Arbeiterversicherung, von der offiziell gesagt wird, daß sie eine Reform sein soll, scheint jetzt endlich in ihren Grundrissen festgelegt zu sein. Das Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe teilt darüber einiges mit. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat diese Angaben kritisch übernommen, und man darf deshalb wohl glauben, daß sie zutreffend sind. Danach sollen die vorhandenen Arten der Krankenkassen, die sich bemühen haben und in den Rahmen der neuen Organisation hineinpassen, zwar beibehalten werden, dafür soll aber die als notwendig erscheinende Zentralisation einmal durch Verknüpfung mehrerer Einzelkassen und sodann durch die allgemeine, gesetzliche Einführung des Zusammenflusses sämtlicher Kassen eines Bezirks zu einem Verbande erreicht werden.

Dementsprechend bleiben neben den Ortskrankenkassen die besonderen Kassenarten, des Krankenversicherungsgehe: Betriebs-, Innungs-, sowie Knappschaftskassen nach wie vor bestehen. Statt der Gemeindefrankenkassen soll eine Krankenkassenversicherung Platz greifen. Die Kassenleistungen hinsichtlich der Unternehmungen sollen gleichwertig sein und gleichgestellt werden.

Für die Ortskrankenkassen, deren Zusammenschluß veranlaßt werden soll, ist grundsätzlich der Abgrenzung nach räumlicher Gliederung zu geben. Landarbeiter werden, wo keine Landkrankenkasse errichtet wird, der allgemeinen Ortskrankenkasse zugewiesen. Für die innere Organisation soll bestimmt werden, daß die Beiträge von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Hälfte geleistet werden. Doch haben die Arbeiter bei der Beschäftigung über Klassenunterstützung und Beiträge zwei Drittel der Stimmabgabe, dessen Bestellung dem Kommunalverbande übertragen wird. Er gibt bei Stimmengleichheit den Ausschlag. Bei den Landkrankenkassen werden die Geschäfte des Vorstandes in der Regel von Vorständen allein wahrgenommen. Seine Wahl erfolgt durch den Kreislag.

Sämtliche Krankenkassen der verschiedenen Arten innerhalb des Bezirks jeder unteren Verwaltungsbehörde bilden zusammen einen Kreis der verschiedenen Kassenverband. Diesem liegt zunächst die Wahrnehmung bestimmter Aufgaben ob, die alle ihm angehörenden Kassen gemeinsam betreffen. Er dient aber zugleich als die Grundlage derjenigen Stelle, die das verbindende Glied für alle Zweige der Arbeiterversicherung darstellt. Diese Stelle vereinigt in sich Obliegenheiten eines gemeinsamen Unterbaues der Unfallversicherung, der Invalidenversicherung und der Hinterbliebenenversicherung, der Aufsicht über den Krankentafel sowie der regelmäßigen Spruch- und Beschäftigungsbehörde erster Instanz in den Streitfällen aus dem gesamten Gebiete der Arbeiterversicherung. Hierüber übernimmt sie im allgemeinen diejenigen jenen Obliegenheiten, die nach der geltenden Gesetzgebung Sache der unteren Verwaltungsbehörden und sonstiger örtlicher Behörden sind.

Für den geschäftsführenden Beamten wird der Befehl der Fähigkeit zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst nicht erforderlich. Dieser Beamte wird ebenso wie das Stillschweigen vom Kommunalverband bestellt. Die örtliche Stelle soll Versicherungsamt, der geschäftsführende Beamte Versicherungsamtman heißen.

Zur Befähigung der Spruchausgänge wird die gleiche Zahl von Vertretern der Arbeitgeber und Versicherer gewählt. Die Wahl erfolgt im wesentlichen in derselben Weise, wie es zur Zeit in Sachen der Invalidenversicherung mit den Vertretern der beiden Gruppen bei den unteren Verwaltungsbehörden der Fall ist, und zwar erfolgt sie durch die Vorstandsmitglieder der Krankenkassen, wobei wie bisher die Vertreter der Arbeitgeber und der

Versicherten ihre Vertreter je gesondert wählen, während der unparteiische Vorsitzende ein Stimmrecht nicht ausübt. Die weiteren Instanzen sollen rein staatliche Behörden und ihre Beamten durchweg staatliche Beamte werden. Sie bestehen aus dem Oberverwaltungsamt, das aus den jetzigen Schiedsgerichten gebildet wird, und dem Reichsversicherungsamt.

„Eine Innungs-Krankenkassen-Geschichte. Berliner bürgerliche Blätter berichten folgende Notiz:

„Viele Erfahrungen mit ihrer Krankenkasse muß die Berliner Tischlerinnung machen. Diese war früher eine freie Innung. Ihre Krankenkasse zählte damals 6000 Mitglieder und sammelte in einem Zeitraum von fünf Jahren einen Reservefonds von 125 000 ein. Seit der gegenwärtig bestehenden Zwangsinnung hat bei und trotz einer Erhöhung der Mitgliedszahl auf 18 000 die Innungs-Krankenkasse ihren Beitrag bereits zweimal erhöhen müssen, so daß dieser von 54 auf 84 gestiegen ist. Jetzt wird eine abermalige Erhöhung auf 96 3 gefordert. Trotzdem die Beiträge fast verdoppelt sind, ist der ganze Reservefonds so gut wie aufgebraucht. Die Zahl der Kranken ist während des Winters von der normalen Höhe von 600 auf 1500 gestiegen. Der Innungs-Vorstand hat nun an den Krankentafelvorstand ein geharnischtes Schreiben gerichtet, in dem er gegen die weitere Erhöhung der Beiträge protestiert und den nachteiligen Zustand der Kasse in der Hauptsache darauf zurückführt, daß eine große Anzahl Kassenmitglieder die Kasse als faulfranke und Arbeitslose ausbeuten und die Kasse mit Arbeitslosen überfüllen. Man wünscht eine durchgreifende scharfe Kontrolle der Kranken durch Anstellung von zwei Arbeitergebern als Krankentafelkontrolleure.“

Dieser Notiz war hinzugefügt, daß die Krankentafelverwaltung sich in „sozialdemokratischen Händen“ befinde. Sie sollte dazu dienen, wieder einmal „sozialdemokratische Mißwirtschaft“ kennen zu lernen.

Am 31. August nun nahm eine überaus stark besuchte Generalversammlung genannter Kasse zu dieser Angelegenheit Stellung. Der Vorsitzende, Güth, legte in streng objektiver Weise die Ursachen des Rückganges der finanziellen Verhältnisse der Kasse dar. Der Stand der Kassen sei infolge der Krise und der Inflationsgeheimnisse unheimlich ansehnlich. Gatten die Arbeitgeber den vom Vorstand seinerzeit beantragten Beitrag von 76 3 angenommen, so hätte dieser Beitrag bis zu der Zeit, wo er beschlossen wurde, im Jahre 1907 eine Summe von 209 491,92 betragen. Diese Einnahme sei der Kasse durch den Widerstand der Arbeitgeber entgangen. Den größten Schaden habe die Kasse aber dadurch erlitten, daß die Arbeitgeber mit den Zahlungen in diesem Jahre in so außerordentlich großer Zahl im Rückstand geblieben. Im Jahre 1905 mußten 1495 Zahlungsaufforderungen ergehen, 1907 1878, in diesem Jahre würde ihre Zahl über 3000 erreichen, denn bis jetzt seien schon 1853 Zahlungsaufforderungen ergangen. Der Kasse bleibt zur Zeit ein Vermögen von 12 000, die Mitgliedszahl beträgt 19 582, oder beinahe 5 pSt. der Mitglieder sind zur Zeit arbeitsunfähig. In den Jahren 1903 bis 1906 betrugen die Ausfälle an Beiträgen der Arbeitgeber reichlich 1 pSt. In diesem Jahre ist schon nach den wöchentlichen Durchschnittsberechnungen ein Rückstand von 13 bis 14 pSt. zu verzeichnen, und der Mitgliedsbeitrag sei von 22 000 auf weniger als 19 000 gesunken. In den Jahren 1903 bis 1906 mußten 24 582 Mark Arbeitgeberbeiträge niedergelegt werden! „Faule Kranke“, wie der Innungsvorstand behauptet, gebe es nicht, wohl aber sei Tatsache, daß beim Nachlassen der guten Konjunktur stets die schwächlichen und gebrechlichen Arbeiter zuerst entlassen werden. Es sei eine faulbide Lage, wenn behauptet werde, daß die Mitglieder, wenn sie arbeitslos werden, ohne Bewerthung die Kasse in Anspruch nehmen, „um ihre gewerkschaftliche Organisation zu entlasten“, denn letztere zöge ihre Krankentafelunterstützung ohnehin aus.

Oberrichter Kaschardt, der als Anführer der Angriffe gegen den Kassenvorstand gilt, behauptete, die Kasse würde mangels guter Kontrolle von den Arbeitgebern „ausgebeutet“, deshalb solle man die Kontrolle den — Arbeitgebern überlassen!!!

Der Rendant der Kasse, Engmann, trat den Ausführungen des Oberrichters entgegen. Es seien zwei Kontrolleure und zwei Hilfskontrolleure für die Kasse tätig. Nur ein Drittel der Kranken brauche kontrolliert zu werden, da die übrigen entweder in Instanzen untergebracht oder so schwerkrank seien, daß eine Kontrolle unnötig sei. Einzelne Kranke, bei denen der Verdacht der Simulation bestehe, würden sogar auf Anordnung des Vorstandes zweimal täglich kontrolliert. Ebenso habe der Vorstand die Nachuntersuchung durch andere Ärzte eingeführt, aber auch hierbei habe die Hälfte der Nachuntersuchungen wieder krank geschrieben werden müssen.

Egner führte dann aus, die Hauptschuld an der Steigerung der Krankenzahl falle auf die Arbeitgeber, die während ihrer Ausbeutung dafür gesorgt hätten, daß die jungen gesunden Arbeiter Berlin verließen und moralisch und körperlich minderwertige Arbeitskräfte aus der Provinz an ihre Stelle traten. Auch die Anordnung des Innungsvorstandes, daß bei Arbeitsmangel keine Verklärung der Arbeitszeit, sondern Entlassungen vorgenommen werden sollen, habe viel dazu beigetragen, solche Zustände herbeizuführen.

Die Innungsmeister verließen unter Kaschardts Führung den Saal und die Versammlung beschloß dann die Beitragserhöhung auf 96 3.

Es ist durch die Verhandlungen aus Harke erwiejen, daß die Kasse in den unglücklichen Stand der Kasse verschuldet haben. Und da wird dann in die Welt die Rüge von „sozialdemokratischer Mißwirtschaft“ hinausposaunt.

Polizei und Gerichte.

Wenn Streikbrecher schwören. Während der Ausperrung im Seinfenberger Wohngebiet war der Kollege Wöhringer erst mit Streikposten beauftragt. Als er den „arbeitwilligen“ Streikträger, Reiche, gewahrte, machte er ihm Vorhaltungen über sein unsolidarisches Verhalten. Er sagte zu ihm: „Erst wolltest Du mich aufklären, und jetzt arbeitest Du selbst!“ Obwohl ein anderer Kollege diese Worte gehört hatte, erstattete Reiche Anzeige, er habe ihn Rump, Streikbrecher und Dieb geschimpft. Reiche beschwor seine Angabe und das Gericht verdonnerte Wöhringer erst zu einer Woche Gefängnis. Wegen dies Urteil wurde Berufung eingelegt, doch vor dem Landgericht in Kottbus erhielt Wöhringer dieselbe Strafe. Sein Entlassungszeugnis erschien dem Gericht nicht glaubwürdig. Gewiss ein hartes Urteil für einen bisher unbefragten Familienvater.

Vom gleichen Recht. Über einen merkwürdigen Strafprozess wird auch u. a. u. m. berichtet: Am 16. Mai, kurz vor Mittag, erschien auf der Baustelle des Unternehmers Kaufmann in Ehrenfeld der Bauführer Deutchen und besah dem Polizei, der Maurer Strübe, der etwas angetrunken war, von der Baustelle zu entfernen. Ueber das prozesshafte Auftreten des Deutchen, der mit einem Revolver hantierte, waren die übrigen Maurer aufgebracht. Es entstand ein Wortwechsel, der zur Arbeitseinstellung führte. Im Bureau, wohin sich die Maurer begaben, wurden sie hinausgewiesen; ihr Geld sollten sie abends holen. Am nächsten Morgen wurde aus dem Korridor heraus auf sie geschossen und Schiedling und Strübe verletzt. Daß sich die Gemüter der Arbeiter, die weiter nichts als ihren verdienten Lohn forderten, hierbei aufregten, ist begreiflich. Weil sie der Aufforderung, das Haus zu verlassen, nicht schnell genug Folge geleistet hätten, sich auf die erhaltenen Güte wöhnten, wobei einige Fensterheben im Bruch gingen, erhob der Staatsanwalt im „öffentlichen Interesse“ Anklage wegen Hausfriedensbruchs, Sachbeschädigung und Körperverletzung. In der Verhandlung am 9. September beantragte der Staatsanwalt gegen Schiedling acht Monate, gegen Strübe sechs Monate, gegen Ebel und Böde je eine Woche und gegen Kaut drei Wochen Gefängnis. Nach halbmonatiger Beratung verurteilte der Vorsitzende das Urteil dahingehend: Die Angeklagten sind der ihnen zur Last gelegten Delikte für schuldig befunden und verurteilt: Schiedling zu sechs Monaten, Strübe zu vier Monaten, Ebel und Böde zu je einer Woche und Kaut zu drei Wochen Gefängnis. Für die den Deuten zur Last gelegten Vorgehen ist das Urteil recht hart, zumal wenn man — was von einem Gericht doch nicht zuviel verlangt ist — berücksichtigt, daß die durch die Revolverbeschüsse schwer verletzt worden sind. Aber das könnte noch hingehen. Wenn das Gericht glaubt, gegen Wöhringer besonders scharf vorgehen zu müssen, so ist das sehr gutes Recht. Was wir aber nicht verstehen, ist, daß die Staatsanwaltschaft die Anzeige gegen den Revolverbesitzer abgewiesen und die Schiedling und Kaut gegen den Weg der Privatklage verwiesen hat. Das wird erst verständlich, wenn man sich der unerschütterlichen Tatsache erinnert, daß die Rechtsgleichheit einzuweisen nur ein faderner Traum ist.

Eingegangene Schriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist das 50. Heft des 26. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Münchener Vereinstag. — Zum Parteitag. Von R. Rausch. — Ein Arbeiter über die Budgetbewilligung. Von Konrad Lang, Schreiner, Schifferstahl (Bismarckshofen). — Zur Reichsfinanzreform. Von Heinrich Ströbel. — Die Kandidatenwahlen im Ruhrgebiet. Ein Beitrag zur Beurteilung unserer Wahlkraft gegenüber dem Zentrum. Von Max Böhm (Dortmund). — Gerichtsbarkeit für Solingen. Eine Erinnerung von G. Garbit (Solingen). — Zwei Jahre Arbeiterbildung. Von Heinrich Schulz. — Die Parteischule. Von Parteisekretär Heinrich Knauf (Strasbourg). — Sozialdemokratie und Konsumvereine. Von Hermann Fleißner. — Die Entwicklung von Partei und Gewerkschaften. Von Eugen Prager.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 3.25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 A. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Neue Wechselordnung mit dem Geiz. betreffend Erleichterung des Wechselprozesses (gültig ab 1. Oktober 1908), nebst Scheckgesetz (gültig ab 1. April 1908) und Pfandpfandgesetz (gültig ab 1. Januar 1908). Verlag von B. Schwarz & Co., Berlin S 14, Drebröckerstr. 60. Preis 1.20.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, erschien soeben: **Die preussische Polenpolitik in ihren Ursachen und Wirkungen.** Von Hermann Wendel. Die Broschüre schildert Polen, als es noch ein selbständiges Reich war, und zeigt den Weg, den es bis zu den heutigen Unterdrückungsregeln, welche ihren vorläufigen Abschluß gefunden haben in der Annahme des Einigungsabkommens im preussischen Abgeordnetenhaus und der Polenparagrafen beim Reichstagsbeschluss. Die Broschüre dürfte bei der Agitation unter den polnischen Arbeitern wertvolle Dienste leisten. Der Preis ist 1.20; Agitationsausgabe 60 A. Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen und Kolportage.

Schönheitskultur und Wirtschaftskrisis. Unter diesem Titel erschien soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, eine Broschüre, die den Genossen Max Schipfel zum Verfasser hat. Durch die augenblicklich in der gesamten Industrie herrschende Krisis wird diese Schrift besonders Interesse erregen und sicher viel gelesen werden. Der Inhalt setzt sich aus folgenden Kapiteln zusammen: 1. Der Zusammenbruch in Amerika; 2. Aufschwung bis zur amerikanischen Krisis; 3. Der Niedergang der Produktion und der Arbeitsmarkt; 4. Schlussbemerkungen.

Der Preis ist 1.20; Agitationsausgabe 60 A. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

„Der Materialismus in der Medizin.“ Von Dr. med. Franz Kleinbrod. Eine neue, aufsehenerregende Schrift des bekannten Münchener Arztes. Verlag Lebenskunst-Verlag, Berlin S 59. Preis 75 A., Porto 5 A.

Dem Münchener Parteitag ist die dieser Tage erschienene Nummer des „**Wahren Jakob**“ gewidmet. Das kommt in dem farbigen Titelbild „Geldauf Münchener!“ wie auch in dem Begründungsgebieth „Zum Parteitag“ und in den satirischen Illustrationen „Münchener“, „Eine Parteitagsgesellschaft“ und noch mehreren anderen Beiträgen zum Ausdruck. Sodann bringt die Nummer eine photographische Aufnahme des „Jung Auer“ Grabdenkmal mit begleitendem Text von Paul Gisch. Von Zeitbeiträgen erwähnen wir noch das Gedicht „Gute Nacht!“ Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 A.

Nr. 19 des „**Süddeutschen Postillon**“ (Verlag M. Ernst, München) ist soeben erschienen. Das Titelbild behandelt die Elektrizitätsfeier, das Schlussbild die Konstitution in der Türkei, in dem der „frank Mann“ der Quackalberer überdrüssig ist und es mit der Naturheilmethode verliert. Ein weiteres Bild zeigt den Schach von Persien im gemeinsamen Morben mit dem russischen Varen. Aus dem täglichen Juchel haben wir herbor: Zum „Münchener Parteitag“ (Zeitgebieth); außerdem noch eine Menge kleiner ausgewählter Beiträge.

Die Nummer kostet 10 A. und ist in allen Parteibuchhandlungen und bei den Kolportageuren zu haben.

Briefkasten.

1908. J. N. M. 75 733. Nach § 6 des preussischen Einkommensteuergesetzes vom 19. Juni 1906 gelten als zu versteuerndes Einkommen die gesamten Jahreseinkünfte der Steuerpflichtigen in Geld und Geldeswert aus: 1. Kapitalvermögen; 2. Grundvermögen, Pachtungen, und Mieten, einschließlich des Mietswerts der eigenen Wohnung im eigenen Hause; 3. Handel und Gewerbe einschließlich des Vergütungs; 4. Gewinnbringender Beschäftigung sowie aus Rechten auf periodische Leistungen und Vorrechte irgend welcher Art. Von der Besteuerung ausgeschlossen sind neben anderen im vorliegenden Falle nicht in Betracht kommenden Bezügen die aus einer Krankenversicherung den Versicherten zufließenden Leistungen. Von dem Gesamteinkommen sind in Abzug zu bringen: 1. Die von dem Steuerpflichtigen zu zahlenden Schuldenzinsen; 2. Renten und bürgerliche Renten, die auf Privatverpflichtungen oder auf Kirchenpatronatsverpflichtungen beruhen; 3. Die von dem Steuerpflichtigen geleisteten oder vertragsmäßig zu entrichtenden Beiträge zu Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherungen, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen, soweit sie zusammen den Betrag von 4.600 jährlich nicht übersteigen. Hierdurch wird eine Refutation gegen die landläufige Steuerbelastung wahrscheinlich ohne Erfolg sein. Gerichtliche Entscheidungen in Steuerfällen sind uns nicht bekannt; nach dem oben zitierten Gesetz kommt auch nur ein einziges Gericht in Preußen in die Lage, sich mit Steuerfällen beschäftigen zu müssen, und das ist das Oberverwaltungsgericht, aber auch nur in dem Falle, wenn durch die Entscheidung der Verwaltungscommission in Steuerfällen das Einkommen des Steuerpflichtigen auf mehr als 3.000 festgesetzt worden ist.

Evandau. Der Bericht über die am 3. September abgehaltene Versammlung ist weder untergezeichnet noch unterstempelt, und dazu ist das Papier noch auf beiden Seiten beschrieben — jedes allein Grund genug, um ihn dem Papierkorb zu überantworten.

Wildehausen. Bei Tausend! Jetzt sollen wir sogar dem Schriftführer Rouderis und Briefbogen senden! Gibts denn da keine zu kaufen?

Berlin, M. Mehr für J. S. hätte sich diesmal kaum rechtfertigen lassen, wir werden die Sache aber im Auge behalten. Wenn es nur hüffe. Gruß.

Oberhausen, J. W. Die Sperre ist gestrichen worden. Einer Bericht über die Erhebung des Streikfasses haben wir i jedoch nicht erhalten.

Wendisch-Warzen, K. G. Das Buch „Der praktische Maurer“ ist vom Verlag Arthur-Gösch, St. Ludwig i. Elsaß, zu beziehen. Den Preis können wir nicht genau angeben.

Muerbach, J. W. 2. Erpressung ist das nicht, sondern eine Streikfalle, die vor dem Amtsgericht durch Zivilklage aufzufuchen ist.

Melle, B. Lüneburg, S. Sobiel Alteste sind nicht nötig; ein Attest von einem namhaften Arzt, vielleicht vom Kreisphysikus, dürfte auch genügen. Wenn dieser bescheinigt, daß die Frau noch krank und erwerbsunfähig ist, so wird ihr wohl die Invalidenrente belassen werden.

Wienheim. Sterbengeld muß vom Zweigverein eingekauft werden.

Neufang, G. S. Adresse können wir nicht mitteilen.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Bergen a. Rügen.

Samstag, den 27. September:

Zehntes Stiftungsfest

bestehend in Auspielen von Gewinnen für Damen und Herren. Anfang nachmittags 4 Uhr; abends Ball.

Die Mitglieder mit ihren Angehörigen sowie die hier arbeitenden fremden Kollegen sind freundlichst eingeladen. [M. 3,60] Das Komitee.

Liegnitz.

Sonntag, den 3. Oktober, abends 8 Uhr:

Siebzehntes Stiftungsfest

unter Mitwirkung des Arbeiter-Gesangsvereins bestehend in

Vorträgen, Theater, Preisdichen, Verlosung und Ball.

Eintritt und Tanz 60 A.

Alle Kollegen sind freundlichst eingeladen. [M. 3,90]

Das Komitee.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik bescheiden wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Seite kostet 10 A.)

Nachen. Am 1. September verschied unser treuer Kollege **Joh. Jos. Massing** in Naeren infolge Gehirnschlages.

Bernau i. b. M. Am 10. September, morgens 7 Uhr, starb plötzlich auf der Baustelle unser treuer Kollege **Jul. Giese** im Alter von 64 Jahren an Herzschlag.

Dresden. Am 1. September, starb unser Verbandsmitglied **Johann Knoppik** im Alter von 41 Jahren an Herzberstaltung.

Duisburg. Am 4. September starb unser treuer Kollege **Heinrich Wehling** im Alter von 32 Jahren an Lungenerkrankung. Wir verlieren in ihm einen unermüdeten Kämpfer für die Arbeiterbewegung.

Düsseldorf. Am 11. September starb unser Verbandskollege **Karl Abel** im Alter von 61 Jahren an Herzschwäche.

Geyer i. Erzgebirge. Am 22. August starb nach kurzem Krankenlager unser Kollege **Eduard Weissbach** im Alter von 44 Jahren an Schlaganfall.

Glogau. Am 9. September starb unser langjähriges Mitglied **August Ludwig** an Herzbluten.

Halle a. S. Am 8. September starb unser Kollege **Carl Herbarth**, 33 Jahre alt, an Bluthurz.

Kiel. Am 29. August starb der Kollege **M. Bartels** im Alter von 28 Jahren an Typhus. — Am 1. September starb der Kollege **P. Burmeister** im Alter von 26 Jahren an Lungenerkrankung.

Köln. Am 12. September starb nach kurzem Krankenlager unser treuer Verbandskollege **Heinrich Febrhut** im Alter von 50 Jahren an Lungenerkrankung.

Münchener-Gürtel. Am 2. September wurde der Kollege **Georg Weininger** im Alter von 61 Jahren erkrankt aufgefunden. Arbeitslosigkeit ist der Grund dieser Tat.

Münster. Am 6. September starb nach einjähriger Krankheit unser treuer Kollege **Reinhold Plogt** im Alter von 33 Jahren an Krebsleiden.

• Ehre ihrem Andenken!

Carl Ullrich, geb. 22. April 1889 zu Hamburg, in den Verband eingetreten am 22. April 1907, Verb.-Nr. 202842, soll seine Adresse dem **Zweigverein Celle** mitteilen. [90 A.]

Heinrich Georg Theodor Krohn aus Kiel, geb. am 2. März zu Jechow, wird von seinen Kindern gebeten, zurückzukommen, da die Mutter schwer erkrankt ist.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 19. September.

Langenwetzendorf. Abends 8 Uhr bei Sporn.

Sonntag, den 20. September.

Allstedt. Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Mitgliebsbücher mitbringen!

Deutsch-Eylau. Abends 8 Uhr bei Jensei. Bücher mitbringen!

Herzberg a. d. Elster. Abends 8 Uhr im „Gasthof zum Siegesfranz“.

Luckenwalde. Abends 8 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung bei R. Gerhard, Berlinerstraße. T. D.: Bericht vom Verbandstag.

Dienstag, den 22. September.

Altenburg. Abends 8 Uhr im „Wald“. T. D.: Bericht vom Verbandstag.

Bitterfeld. Abends 8 Uhr im „Hofenpöller“. T. D.: Bericht über die Mitgliederversammlung vom Verbandstag.

Liegnitz. Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Mittwoch, den 23. September.

Annaberg. Abends 7 Uhr im Badens Restaurant.

Stargard i. P. Abends 8 Uhr im Verbandslokal S. Günter, Gerichtshaus. Mitgliebsbücher sind mitzubringen.

Donnerstag, den 24. September.

Hamburg. (Remontier und Kunsthandwerker). Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, großer Saal, 1. Et.

Pinneberg. Abends 8 Uhr bei Ledowitz. T. D.: Bericht vom Verbandstag.

Sonntag, den 27. September.

Artern. Abends 8 Uhr im „Schwan“. T. D.: Bericht vom Verbandstag und seine Mitgliedsbücher.

Blankede. Abends 8 Uhr. Bücher sind mitzubringen.

Döbeln. Abends 8 Uhr im Restaurant „Hindentor“. Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Gr.-Vieltheim a. d. Ohe. Abends 8 Uhr bei Frisch. T. D.: Bericht vom Verbandstag.

Hersbruck. Abends 8 Uhr im „Hofen“. Tagesordnung betrifft das erste Stiftungsfest. Mitgliedsbücher mitbringen.

Ostrosniz. Abends 8 Uhr beim Kollegen Joseph Döwiz unter freiem Himmel. Die Kollegen der näheren Bahnhöfe sind freundlichst eingeladen.

Würzburg. Abends 10 Uhr im „Schiff“.

Zentral-Krankenkasse der Maurer usw.

Mittwoch, den 23. September.

Berlin. Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. T. D.: Die Aufhebung der Krankenkontrolle für Hilfsarbeiter und Mitglieder und die Einführung einer Tageskontrolle; die Erhebung eines Beitrages hierzu. Wahl der Hilfsarbeiter. Mitgliedsbuch legitimiert.

NB. Unpäßliche halber fällt die Versammlung am 20. September aus.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Wuer & Co. in Hamburg.